Civaka Azad Infoblätter

Beiträge der Expertenkonferenz

Ein neuer Akteur im Nahen Osten: Die Kurden

Vom Instabilitäts- zum Demokratisierungsfaktor?

Ausgabe 9/ Februar 2016

Editorial

Lange Zeit galt die kurdische Bevölkerung in allen vier Ländern, auf die ihre Siedlungsgebiete aufgeteilt sind, als potentieller Instabilitätsfaktor. Die aus dem Vertrag von Lausanne nach dem 1. Weltkrieg hervorgegangenen Staaten Türkei, Iran, Irak und Syrien waren seit ihrer Gründung jeweils mit einer eigenen „kurdischen Frage" konfrontiert, welche von der jeweiligen Staatsautorität als permanentes Sicherheitsrisiko behandelt und somit auch von der internationalen Staatengemeinschaft als ein Faktor der Instabilität betrachtet wurde.

Doch die Umbrüche und Krisen, denen der Nahe und Mittlere Osten seit dem letzten Jahrzehnt ausgesetzt ist, haben die Rolle der Kurden in der Region nachhaltig verändert. Insbesondere aus den anhaltenden Bürgerkriegen im Irak und in Syrien sind die Kurden bereits als maßgebliche Einflussgröße hervorgegangen. Zudem wird immer deutlicher, dass die Kurden einen der wenigen politischen Akteure in der gesamten Region darstellen, die trotz aller entgegenwirkenden Tendenzen im Nahen Osten das Modell einer fortschrittlichen Demokratie verteidigen und vorantreiben.

Die von uns gemeinsam mit KURD-AKAD, dem Netzwerk Kurdischer AkademikerInnen e.V., im September des vergangenen Jahres organisierte Expertenkonferenz hatte die Absicht, die Gründe für die veränderte Rolle der Kurden in der Region genauer zu betrachten und ein Forum für Diskussionen darüber zu bieten, welche Auswirkungen diese neue Rolle der Kurden auf die Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten haben kann. Damit verbunden sollte zugleich auch diskutiert werden, vor welchen Herausforderungen die deutsche „Kurdenpolitik" vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Entwicklungen in der gesamten Region steht.

Neben renommierten internationalen Referenten waren auf der Experten- und Fachtagung geladene Gäste aus Politik, Wissenschaft, Medien, Nichtregierungsorganisationen vertreten, um dort ihr Fachwissen und ihre Einschätzungen innerhalb der Themenblöcke auszutauschen.

Die Tagung hat ihr Ziel nicht verfehlt. Viele interessante Vorträge wurden gehalten und lebhafte Diskussionen geführt. Mit der aktuellen Ausgabe der Civaka Azad Infoblätter möchten wir nun die Inputreferate auch einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen.

Bedanken möchten wir uns an dieser Stelle bei allen, die sowohl bei der Vorbereitung als auch an der Umsetzung der Fachtagung mitgewirkt haben. Unser Dank gilt ebenfalls all denjenigen, die bei der Übersetzung, Transkription und beim Korrekturlesen der Beiträge mitgearbeitet haben.

Die in den Beiträgen behandelten Themen haben auch im neuen Jahr nichts an ihrer Aktualität verloren. Wir wünschen deshalb allen eine erkenntnisreiche Lektüre!

Civaka Azad - Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.

Themenblöcke der Konferenz

Veränderte Rolle der Kurden während der Neugestaltung des Nahen Osten: Ein Vergleich der Situation der Kurden der Moderne mit den Kurden im 20. Jahrhundert

Rojava (Westkurdistan) als Dezentralisierungsmodell für Syrien und für die Region

Herausforderungen der kurdischen Autonomieregion im Irak: Hintergründe und Zukunftschancen

Die Türkei im Zwiespalt: Hegemonialmacht oder Demokratiefestung für die Region - Resultate der Wahlen zum türkischen Nationalparlament und ihre Auswirkungen auf den Friedensprozess

Stolpersteine deutscher Kurdenpolitik: Folgen des Wandels für die deutsche Aussenpolitik

Veränderte Rolle der Kurden während der Neugestaltung des Nahen Osten

Ein Vergleich der Situation der Kurden der Moderne mit den Kurden im 20. Jahrhundert, Nilüfer Koc

Der ‚Nationale Kongress Kurdistans' (kurz KNK, Anm. d. Redaktion) umfasst ungefähr 30 kurdischen Parteien aus den vier Teilen Kurdistans und hat seinen Hauptsitz in Brüssel. Wir haben 2006 ein weiteres Büro in Erbil (Südkurdistan/Nordirak) eröffnet und im April 2014 ein drittes Büro in Qamislo, der größten Stadt in Rojava (Westkurdistan/Nordsyrien). Mit der politischen Entwicklung hat sich auch unser Hauptsitz bzw. unsere Hauptarbeit der letzten 16 Jahren verändert. Das Hauptziel war dabei die Entwicklung einer kurdischen Einheitspolitik und somit die Überwindung der Differenzen zwischen den kurdischen politischen Parteien. Der Schwerpunkt dieser Arbeit lag in den letzten Jahren in Europa, hat sich dann aber mit den Möglichkeiten, die in Kurdistan entstanden sind, immer mehr nach Kurdistan verlagert. Deshalb bin ich in den letzten zwei Jahren in Erbil tätig und versuche über Gespräche mit den verschiedenen politischen Parteien einen kurdischen Konsens zu finden. Momentan liegt darin unser Fokus, denn Einheitspolitik verstehen wir als Verteidigungspolitik. Kurdistan ist gefährdet durch den Islamischen Staat, weshalb wir eine einheitliche Organisierung in den Verteidigungsstrukturen brauchen. Außerdem haben wir heute bessere Chancen international unseren Anliegen Gehör zu verschaffen. Es ist daher wichtig, die gemeinsamen Prinzipien der kurdischen Außenpolitik zu definieren. Diese Themen werden auch unseren 15. Jahreskongress bestimmen.



Nilüfer Koc, Co-Vorsitzende des Kurdistan Nationalkongresses (KNK)

Die kurdische Frage ist die Schlüsselfrage des Nahen und Mittleren Ostens. Sie ist momentan auf der Agenda aller Staaten, die im Nahen und Mittleren Osten an Stabilität und Frieden interessiert sind. In diesem Beitrag soll das veränderte Selbstverständnis der Kurden dargelegt werden. Der Grundstein für die Lösung der kurdischen Frage ist ein angemessenes Verständnis der kurdischen Anliegen. In diesem Zusammenhang kann zu Beginn schon einmal festgestellt werden, dass die aktuelle Politik der Kriminalisierung verändert werden muss, denn die Kurden haben sich verändert.

Vertrag von Lausanne Ursprung der Negierung der Kurden

Mit dem Vertrag von Lausanne im Jahr 1923 wurde der Grundstein für die Aufteilung der Kurden auf die Staaten Iran, Irak und Syrien gelegt. Zwei Teile Kurdistans fielen unter den Einfluss arabischer Herrscher (Syrien und Irak), ein weiterer Teil in persisches Einflussgebiet (Iran), während der größte Teil sich plötzlich auf dem Boden der türkischen Republik befand. Heute sind wir mit einen neuen Phänomen konfrontiert. Die Herrschaft der Araber über Kurdistan existiert nach dem Sturz Saddam Husseins und dem Beginn des Krieges in Syrien nicht mehr so, wie sie ursprünglich im Vertrag von Lausanne festgelegt wurde. Nun gilt es, auch in den Teilen Kurdistans eine Veränderung herbeizuführen, die auf türkischem und iranischem Staatsgebiet liegen. Die aktuellen Veränderungen im Nahen und Mittleren Osten bieten dafür eine Chance.

Mit dem Vertrag von Lausanne begann zugleich eine Politik der Negierung gegenüber den Kurden. In allen vier Staaten, auf die Kurdistan aufgeteilt wurde, stellten die Kurden laut Verfassung keine gleichberechtigten Staatsbürger des Landes dar. Dies galt auch für andere Völker, z.B. Aramäer oder Araber in der Türkei. Diese Politik führte im 20. Jahrhundert zu 29 kurdischen Aufständen. Der



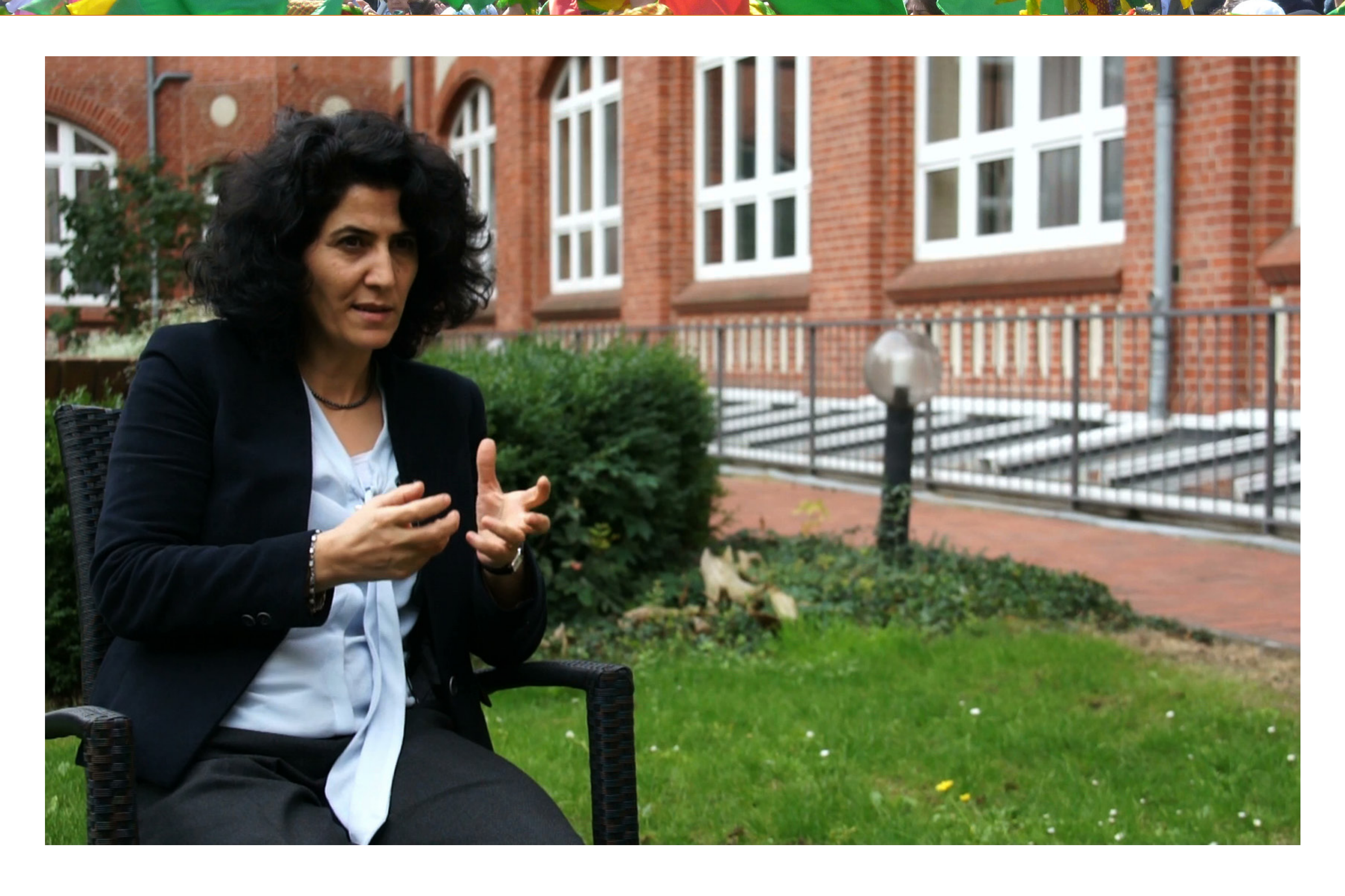
Aufstand der PKK ist der bisher letzte und bis heute andauernde. All diese Aufstände hatten die Aufrechterhaltung bzw. Schaffung lokaler Autonomien zum Ziel. Denn die Nationalstaaten hatten die kurdischen Autonomien aus Zeiten des Osmanischen Reiches aufgelöst. Alle kurdischen Aufstände in den vier Teilen Kurdistans wurden blutig unterdrückt. Wenn wir heute über den Widerstand in Rojava oder der Türkei reden, sehen wir eine lange Tradition des Widerstandes und können feststellen, dass sich die Kurden im Laufe des 20. Jahrhunderts nicht ergeben haben. Es gibt einen entscheidenden Grund dafür, dass der bisherige Widerstand nicht zur einer Lösung geführt hat: Die Kurden waren untereinander gespalten. Sowohl die europäische Länder wie Großbritannien oder Frankreich, als auch die vier betroffenen Staaten im Nahen und Mittleren Osten nutzten und verstärkten diese Spaltung immer wieder für ihre eigenen Interessen. Durch diese Politik des ‚Teilens und Herrschens' wurden 28 kurdische Aufstände, die entschlossen und mit wenigen Mitteln geführt wurden, niedergeschlagen und somit eine Lösung verhindert. Deswegen ist das Hauptziel des ‚Nationalen Kongress' Kurdistans', die Meinungsdifferenzen zwischen den kurdischen politischen Parteien durch Verhandlungen und Dialog zu lösen. Die vier Staaten Türkei, Iran, Irak und Syrien nutzten die Kurden zum einen, um sich gegenseitig zu schwächen, und schlossen sich zum anderen auch immer wieder zu einem antikurdischen Bündnis zusammen. Heute ist es nicht mehr so einfach, die Kurden gegeneinander auszuspielen. Der Kampf gegen die kurdische Bevölkerung auf dem eigenen Staatsgebiet war zudem immer ein Kampf gegen die Demokratiebewegungen in den jeweiligen Staaten. Der Kampf um Demokratie, den die kurdische Seite immer stark unterstützte, wurde kriminalisiert und als ‚Terrorismus' bezeichnet, um eine Demokratisierung im eigenen Land zu verhindern. Dabei ging es häufig zuerst gegen die kurdische Bevölkerung.

Das antikurdische Bündnis war im 20. Jahrhundert sehr funktionsfähig. Mit der Krise der Staaten im Nahen und Mittleren Osten hat sich die Situation heute entscheidend geändert. Die interne zentralistische Struktur der Türkei, des Irans, Iraks oder Syriens ist nicht mehr funktionsfähig. Zudem tragen die Staaten auch miteinander Konflikte aus. Als Reaktion auf den Sturz Saddam Husseins versuchten die Türkei und der Iran das politische Vakuum zu nutzen und ihr Einflussgebiet auszudehnen. Ihre hegemonialen Ansprüche zielten neben Bagdad auch auf Erbil ab und bezweckten damit die Kontrolle über Südkurdistan (Nordirak). Seit 2011 können wir eine ähnliche Entwicklung in Rojava (Nordsyrien) beobachten, wo die Türkei und der Iran erneut versuchen ihre unterschiedlichen Machtinteressen durchzusetzen. Die Türkei bekämpft Assad, während der Iran ihn unterstützt. Beide regionalen Mächte beabsichtigen zugleich, die Etablierung einer kurdischen Autonomie in dem Machtvakuum in Nordsyrien zu verhindern. Diese Situation zeigt, dass das antikurdische Bündnis der vier Staaten nicht mehr wie früher funktioniert und sich dementsprechend Chancen für eine kurdische Einheitspolitik ergeben haben. Die Kurden haben verstanden, dass sie vor dem Hintergrund der Veränderungen im Nahen und Mittleren Osten die einzige Kraft sind, die Stabilität und Demokratie für alle Völker herbeiführen kann, welche die Opfer des Vertrags von Lausanne sind. Neben den Kurden waren u.a. die Araber die Verlierer des Vertrages von Lausanne, da ihr Territorium auf 22 Staaten aufgeteilt wurde. Die heutigen arabischen Konflikte im Nahen und Mittleren Osten haben unmittelbar mit der Aufspaltung der arabischen Kraft in diese 22 Staaten zu tun. Die dschihadistische Bewegung innerhalb der Araber hängt unmittelbar mit dieser Spaltungspolitik zusammen.

Vertrag von Lausanne nicht mehr funktionsfähig

Nichtsdestotrotz ist es wichtig zu betonen, dass die aufgezwungenen Regelungen des Vertrags von Lausanne heute nicht mehr funktionsfähig sind. Dies bestätigen auch meine persönlichen Erfahrungen vor Ort: Als ich vor drei Monaten in Rojava (Nordsyrien) war hatte ich die Gelegenheit von dort aus in das Shengal Gebirge im irakischen Teil Kurdistans zu fahren. Die Grenze zwischen dem Irak und Syrien wird auf der einen Seite von Kämpfern der YPG/YPJ kontrolliert, während auf der anderen Seite Peshmerga der KDP und PUK stehen. Weder finden sich auf der syrischen Seite syrische Soldaten, noch irakische Soldaten auf der irakischen Seite. Lausanne hat dort eine Lücke.

Diese Situation stellt für die Kurden eine Chance dar. Zum Teil besteht gegenüber den Kurden Misstrauen, da uns unterstellt wird, wir würden jetzt einen eigenen Staat gründen wollen. Dagegen möchte ich einwenden, dass die Kurden nicht an der Gründung eines eigenen Staates interessiert sind. Dies wäre natürlich das Recht der Kurden, aber wir haben kein Interesse daran, Anlass für einen dritten Weltkrieg zu werden. Eine andere Lösung ist möglich. Die Forderungen der Kurden haben sich im Vergleich zum 20. Jahrhundert entscheidend verändert. Im letzten Jahrhundert gab es viele kurdische Aufstände, die einen Nationalstaat zum Ziel hatten, z.B. der Aufstand von Mahmud Barzani in Sulaimaniyya. Heute sehen die Kurden eher eine Chance darin, innerhalb der bestehenden Grenzen durch verfassungsrechtliche Veränderungen die Gleichberechtigung der Kurden im jeweiligen Staat zu garantieren. Eine Veränderung der Grenzen würde nur zur Entstehung neuer Konflikte und neuer Feinde führen. Das kurdische Ziel besteht also in einer



weitgehenden Autonomie in Form von Föderationen. Wir greifen hier auf Erfahrungen aus der Zeit vor dem Vertrag von Lausanne zurück. Das zentrale Konzept des ‚Demokratischen Konföderalismus' hat in diesem Sinne seine historischen Vorläufer. Die Kurden hatten ähnlich wie die Assyrer und Armenier im osmanischen Reich weitgehende Autonomie. Jüngere Erfahrungen mit Selbstverwaltung gab es in Kurdistan im 18., 19. und 20. Jahrhundert. Die Gründung der Nationalstaaten im Nahen und Mittleren Osten brachte diese Selbstverwaltungsstrukturen ins Wanken. Heute wird die Vorstellung nach Selbstverwaltung und Autonomie vor dem Hintergrund der Entwicklungen im 21. Jahrhundert erneuert. Dies kann man gerade insbesondere in Rojava (Nordsyrien) und Nordkurdistan (Türkei) beobachten, wo lokale Gemeinden Selbstverwaltungsstrukturen aufbauen. Trotz der Repression der einzelnen Staaten sind die Kurden heute in der Lage sich auf lokaler Ebene selbst zu verwalten.

Mit der PKK begann der soziale Wandel in Kurdistan

Eine weitere wichtige Veränderung in Kurdistan muss in diesem Zusammenhang erwähnt werden. Es fand ein sozialer Wandel in der kurdischen Gesellschaft statt, der hauptsächlich mit dem von der PKK angeführten 29. Aufstand zu tun hat. Im 20. Jahrhundert waren die kurdischen Aufstände lokal und nicht solidarisch miteinander. Es gab parallele Aufstände im irakischen, türkischen und iranischen Teil Kurdistans, die aber lokal begrenzt und ohne Beziehung zueinander blieben. Die Bemühungen um einen solidarischen Austausch waren minimal. Es war deshalb äußerst wichtig, eine kurdische Kraft zu entwickeln, die Beziehungen zwischen allen vier Teilen Kurdistans herstellt. Mit diesem Ziel hat sich die PKK in den letzten zehn Jahren verändert. Sie ist jetzt in der Lage, Brücken zwischen den verschiedenen Teilen Kurdistans aufzubauen. Seinen Höhepunkt fand diese veränderte Politik im Widerstand von Kobane. Alle vier Teile Kurdistans standen für die Stadt Kobane mehrere Wochen auf den Beinen. Dasselbe gilt für die Zeit, als die ezidischen Kurden im Shengal angegriffen wurden. Auch hier einigten sich alle vier Teile Kurdistans auf den Schutz Shengals. Es gibt also eine nationale Reaktion der Kurden in allen vier Staaten gegen ein Problem in einem Teil Kurdistans. Ganz abgesehen von der großartigen und sehr wichtigen internationalen Unterstützung nach Kobane und Shengal. Die interne kurdische Energie wird entscheidend sein. Erst wenn die Kurden sich einig sind, wird die internationale Unterstützung noch effektiver sein. Das ist die Position des ‚Nationalen Kongress' Kurdistans'.



Es kann dementsprechend nicht sein, dass jede kurdische Partei eigene diplomatische Ansprüche stellt. Wir sind insgesamt gefährdet – als Kurden, also als eine ethnische Gruppe in der Region. Deshalb müssen wir intern unsere Forderungen und Bedürfnisse gemeinsam definieren. Das ist auch im Sinne der Kräfte, die sich für Stabilität und Frieden im Nahen und Mittleren Osten einsetzen. Zwischen kurdischen Parteien zu differenzieren, die man bevorzugt bzw. ausschließt, ist nicht hilfreich. Die Spaltung der Kurden wird sie schwächen und damit auch indirekt den kurdischen Widerstand gegen den Islamischen Staat oder gegen die Aggressionen der türkischen AKP beeinträchtigen. Eine weitere Destabilisierung der Region wäre die Folge. Eine Einmischung in die kurdische Politik und die selektive Zusammenarbeit mit einzelnen kurdischen Parteien kann dementsprechend nicht im Sinne der europäischen Staaten und insbesondere nicht im Sinne Berlins sein.

Es ist in diesem Zusammenhang sehr wichtig, den Wandel der kurdischen Gesellschaft wahrzunehmen. Eine Gesellschaft, die 92 Jahre lang systematisch kolonisiert wurde, entdeckt sich neu und entwickelt dabei nicht nur ein neues nationales, sondern auch demokratisches Selbstbewusstsein. Eine demokratische Utopie wurde entwickelt, die zu den Ansprüchen der Kurden passt. Zudem hat sich ein Bewusstsein dafür entwickelt, dass Kurdistan als Teil des Nahen und Mittleren Ostens gesehen werden muss und es zudem durch den Rohstoffreichtum von globaler, geostrategischer Bedeutung ist. Dementsprechend ist es wichtig, die Kurden in die Demokratisierung des Nahen und Mittleren Ostens einzubeziehen. Es kann nicht sein, dass Berlin im 21. Jahrhundert noch immer darauf beharrt, Kurden ausschließlich als Teil von Ankara, Teheran, Damaskus oder Bagdad zu sehen. Dies bedeutet nicht, dass die Souveränität dieser Staaten in Frage gestellt wird. Es gilt, die Kurden als neue, starke und eigenständige Kraft zu akzeptieren und nicht selektive Bündnisse mit einzelnen kurdischen Parteien einzugehen. Im Interesse der Stabilität und des Friedens in der Region sollten die Kurden nicht gespalten, sondern zusammengebracht werden. Insbesondere die Türkei ist derzeit sehr an einer Spaltung interessiert, weil sie verstanden hat, dass die Kurden zu ernsthaften Veränderungen bereit sind. Sowohl die Veränderungen der letzten vier Jahre in Rojava (Nordsyrien), als auch der Aufbau von Selbstverwaltungsstrukturen in Nordkurdistan (Türkei) in den letzten 16 Jahren, zeigen die Ernsthaftigkeit der kurdischen Politik. Im irakischen Kurdistan hat in Form eines de-facto Staates eine große Veränderung stattgefunden und auch im iranischen Teil Kurdistans stehen Veränderungen bevor.

AKP in drei Teilen Kurdistans aktiv

In Ostkurdistan (Iran) ist dies nur noch eine Frage der Zeit. Denn auch die Kurden dort warten auf eine Chance und blicken dabei wohlwollend auf die Entwicklungen in den anderen Teilen Kurdistans. Um die Region nicht weiter zu destabilisieren, wird derzeit noch abgewartet. Auf die Provokationen des Irans einzugehen, während gleichzeitig starke Auseinandersetzungen mit Ankara geführt werden, wäre kontraproduktiv für die Region. Ich erinnere daran, dass der Iran vor kurzem beschloss, 110 kurdische Politiker zu erhängen. Entscheidungen wie diese sollen die Kurden provozieren und zu einem erneuten Krieg führen. So schmerzvoll die Todesstrafe für die kurdischen Politiker ist, dürfen wir jetzt nicht eine erneute Eskalation in Ostkurdistan (Iran) riskieren. Der Fokus liegt derzeit auf der Türkei. Denn sie ist der Staat, der neben dem Iran auf die 92 Jahre alten Vereinbarungen aus dem Vertrag von Lausanne beharrt. Der türkische Staat versucht die Kurden an der Entwicklung einer umfassenden Autonomie im Nordirak und damit auch einer Demokratisierung des ganzen Irak zu hindern. Es ist die Türkei, die zugleich versucht, kurdische Autonomiebestrebungen als Teil eines demokratischen Syriens zu verhindern. Zudem geht sie gegen jegliche Demokratiebestrebungen der Kurden im eigenen Land vor.

Die AKP ist also in drei Teilen Kurdistans aktiv. Ankara hat durch die Eskalationspolitik gezeigt, dass nicht die Kurden, sondern der türkische Staat die Region destabilisiert. Die Kurden versuchen durch ihre Demokratisierungsinitiative eine weitere militärische Eskalation zu verhindern. Insofern waren auch die diesbezüglichen Warnungen der deutschen Bundesregierung in Richtung Ankara richtig. Stimmen aus dem Europäischen Parlament und auch aus Washington weisen berechtigterweise darauf hin, dass die Türkei nicht wegen den Hegemonieansprüchen der AKP und Erdogans zu einem Faktor der Instabilität in der Region werden darf. Die HDP war eine wichtige Errungenschaft der Kurden und anderer Kräfte der Türkei. Sie hat entscheidend zu einer Demokratisierung beigetragen. Momentan erfährt die HDP auch aus Berlin große Unterstützung. Das ist eine begrüßenswerte Entwicklung für die kurdische Politik und die Kurden insgesamt. Diese Unterstützung werden die Kurden zum Anlass nehmen, ihre Forderungen noch offensiver zu vertreten und damit insbesondere die Türkei davon abzuhalten, Demokratiebestrebungen im Nahen und Mittleren Osten zu verhindern.

Rojava (Westkurdistan) als Dezentralisierungsmodell für Syrien und für die Region

Sinam Mohamad

In diesen Tagen erlebt der Mittlere Osten eine menschliche Tragödie. Unter der Maske der Religion versuchen faschistische Banden den Mittleren Osten in einem Meer der Dunkelheit zu begraben.

Tausende von Jahren lebten im Mittleren Osten viele Kulturen, Religionen, Sprachen und Nationen zusammen. Diese faschistischen Banden wollen jedoch das Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsteile im Mittleren Osten begraben. Deswegen zerstören sie dort alle Zivilisation, Geographie und Kultur. In Rojava erleben wir diese Faschisten, die die Bevölkerung brutal angreifen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begehen.

Anfang 2011 begann der sogenannte „Arabische Frühling". Diese Bezeichnung ist etwas unpassend, denn mittlerweile sind fünf Jahre vergangen, doch vom Frühling ist weiterhin keine Spur. In Syrien erleben wir nur mehr Blutvergießen, mehr Morde, mehr Flüchtlinge. Als Anfang 2011 die Revolution in Syrien begann, merkte die kurdische Bevölkerung in Syrien schnell, dass die sogenannte „Revolution" ihren Ausgangspunkt in Wirklichkeit in den Moscheen nahm. Sie fand also im Namen der Religion statt. Sehr viele der syrischen Oppositionsgruppen haben islamische Namen: Ahrar al-Sham, Ahfad al-Rasul, usw. Wir realisierten, dass sie nur eine Religion (sunnitischer Islam), nur eine Sprache (Arabisch), und nur eine Nation (arabische Nation) anstrebten. Wir haben es also mit der gleichen Mentalität wie der des Assad-Regimes zu tun. Aus diesem Grund konnten wir uns nicht mit dieser Opposition zusammen tun. Sie verleugnen die Kurden, die Christen (Suryoye), die Drusen und andere Bevölkerungsgruppen. Wir ziehen es deshalb vor, eine eigene Politik zu verfolgen, einen „Dritten Weg" zu gehen, der die demokratische Politik in Syrien vertritt.

Wir Kurden hatten sehr unter der Diktatur des Assad-Regimes gelitten. Viele saßen im Gefängnis und wurden dort umgebracht. Deshalb wollten wir weder auf Seiten Assads noch auf Seiten derjenigen stehen, die eine Verleugnungspolitik gegenüber den anderen Bevölkerungsgruppen in Syrien betreiben. Wir wählten unsere eigene, demokratische Politik. Viele, die unsere Politik nicht verstanden, beschuldigten uns, für das Assad-Regime zu sein, weil wir Assad nicht angreifen würden. Das ist jedoch falsch: Wir ziehen es vor, niemanden anzugreifen und uns stattdessen gegen alle Angriffe zu verteidigen. Wenn uns das Regime angreift, werden wir nicht schweigen, sondern den Angriff beantworten. Und wenn andere uns angreifen, werden wir das Gleiche tun.



Sinam Mohamad. internationale Vertreterin der autonomen demokratischen Selbstverwaltung in Rojava



Wir fingen an, in unserer Gesellschaft mit den Menschen zu arbeiten, um unsere Bevölkerung gut zu organisieren. Dafür riefen wir Räte ins Leben. Im Dezember 2011 wurde der Volksrat von Westkurdistan (Rojava) gegründet. Kurden aus Afrin, Kobane, Cizire begannen, die Leute dort zu organisieren. Zeitgleich bildeten wir unsere Verteidigungseinheiten. Um ein demokratisches System zu schützen, sind Verteidigungseinheiten unabdingbar. In jeder Stadt, jedem Dorf gibt es jetzt die YPG/YPJ und die Räte. Zudem gibt es den Volksrat von Westkurdistan, dessen Co-Vorsitzende ich war. Zu Beginn waren dort jedoch nur Kurden vertreten. Das war mit unserem Ziel eines demokratischen Systems in Rojava nicht vereinbar. In Rojava leben unterschiedliche Bevölkerungsgruppen, unterschiedliche Nationen und Religionen: Kurden, Araber, Suryoye, Armenier, Turkmenen, Drusen, Alawiten, Sunniten, Christen, usw. Wir begannen mit all diesen Gruppen zu kommunizieren und vereinbarten, Rojava gemeinsam zu verwalten. Wer diese Politik unterstützt, ist uns willkommen. Mit ihnen handeln wir dann unser gemeinsames neues System aus. Unsere Politik ist es, die Bevölkerung Rojavas zu verteidigen und gemeinsam ein neues demokratisches System zu schaffen. In unseren Orten in Afrin, Kobane und Cizire gibt es keine Regimekräfte mehr - nur in Qamishli sind sie aus verschiedenen Gründen noch präsent. Wir bauten unsere Verwaltung gemeinsam anhand eines Gesellschaftsvertrages auf, der als Verfassung Rojavas gilt. Dieser Vertrag wurde von Assyrern, Kurden und Arabern gemeinsam verfasst und angenommen. Dann gründeten wir Gesetzgebungsräte und Exekutivräte, die heute ganz Rojava verwalten.

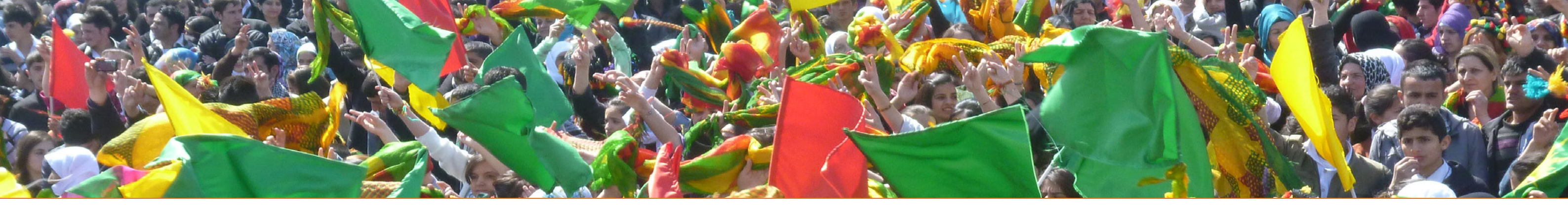
Eine Frau ist keine Sklavin des Mannes

Weil wir eine wirkliche Demokratie wollen, dürfen wir die Rolle der Frauen in Rojava nicht vergessen. Wir setzen und für die Geschlechtergleichheit ein. In jeder Institution, in jeder Einrichtung, in jedem Rat sind beide Geschlechter vertreten. Das kann bedeuten, dass in einem Vorstand z.B. ein kurdischer und ein arabischer Mann und eine assyrische Frau vertreten sind. Dieses Prinzip gilt in allen Räten. Wir wissen, dass Frauen eine große Rolle spielen können. Das 21. Jahrhundert ist das Jahrhundert der Befreiung der Frau in Rojava und im Mittleren Osten. In Rojava konnten wir diesbezüglich trotz der Widerstände der alten Tradition und der Mentalität der Männer die Einstellung der Bevölkerung verändern.

Ich spreche von Rojava nicht als einem Ort, der perfekt ist. Es gibt einige kritische Stimmen, aber die Mehrheit akzeptiert das neue System. Wir haben jetzt ein Frauengesetz, das vom Legislativrat angenommen und unterzeichnet wurde. Ich gebe Ihnen in diesem Zusammenhang ein Beispiel: Das islamische Recht gestattet es einem Mann, vier Frauen zu heiraten. Wir haben ein Gesetz verabschiedet, das die Polygamie verbietet. Natürlich gibt es islamische Stimmen dagegen, die sagen: „Ihr macht Gesetze gegen die Scharia. Ihr macht etwas, was im Koran nicht erwähnt wird. Also macht ihr etwas gegen den Koran." Wir erklären dann, dass wir dies zum Schutz der menschlichen Werte machen. Eine Frau ist keine Sklavin des Mannes. Das konnten die Leute akzeptieren und heute kann niemand mehr als eine Frau heiraten. Wenn ein Mann eine zweite Frau haben möchte, muss er sich von der ersten Frau scheiden lassen. Etwas anderes werden wir nicht akzeptieren. So etwas in einer Gesellschaft des Mittleren Ostens zu erreichen, war nicht leicht. Wir kämpften über vier Jahre, damit sich diese Mentalität langsam ändert. Solch eine Veränderung ist leichter in der kurdischen als in der arabischen Gesellschaft. Es tut mir leid, das sagen zu müssen. Aber es erklärt sich aus der Tatsache, dass der Islam tief in den arabischen Gesellschaften verwurzelt ist. Die kurdische Gesellschaft ist offener und konzentriert sich stärker auf die Menschen und die Menschenrechte. Deswegen wurden unsere Vorschläge dort eher akzeptiert. Unser Kampf dort war leichter als in den anderen Gesellschaften. Wir konnten aber gute Beziehungen zu den anderen Frauen herstellen, bspw. zu den arabischen oder Suryoye-Frauen. Es war in einem arabischen Dorf, wo zum ersten Mal eine Frau zur Ko-Präsidenten des Rates gewählt wurde, eine arabische Frau. Sie nahm die Wahl an, sagte aber: „Ich kann es gar nicht glauben, wie soll ich das machen? Ich habe früher nie das Haus verlassen..." So etwas passiert in Rojava und wenn ich sage, dass dort eine Revolution stattfindet, dann meine ich eine wirkliche Revolution, keine militärische Revolution. Wir wollen die Mentalität der Gesellschaft verändern. Die alten Traditionen haben unsere Gesellschaft ruiniert. Wir wollten das verändern und wir haben damit Erfolg.

Wir verabschiedeten zahlreiche Gesetze zum Schutz der Frauen: Zum Beispiel das Verbot der Zwangsheirat. Wir können sie jetzt verhindern, weil es zum ersten Mal gesetzlich geregelt ist. Es ist auch das erste Mal in der Geschichte Syriens, dass es drei Amtssprachen gibt. Zuvor gab es nur Arabisch und es war verboten, in der Schule Kurdisch oder Assyrisch zu sprechen. Das hatte zur Folge, dass viele ihre Muttersprache verlernt haben. In unserer Verfassung steht, dass wir drei offizielle Landessprachen haben: Kurdisch, Arabisch und Assyrisch. In den Schulen können jetzt die verschiedenen Muttersprachen gesprochen werden.

Das ist etwas Historisches, was da passiert. Das ist die Revolution, die ich meine: Wenn Du etwas veränderst, das vorher verboten war. Aber wir verändern die Dinge auf eine sehr leise Weise. Immer, wenn Du etwas veränderst, wirst Du auch Gegner haben. Leute, die gegen Demokratie und Verände-



rungen, gegen die Menschlichkeit sind. Das sind hier die faschistischen Gruppen des IS, der von den Ölgeldern unterstützt wird. Diese Leute sind gegen die Befreiung der Frauen und sie haben dort, wo sie herrschen, den Frauen verboten, alleine auf die Straße zu gehen, unverschleiert zu sein, Auto zu fahren usw. Davor haben wir unsere Bevölkerung beschützt und aus diesem Grund haben sie Rojava angegriffen. Sie greifen Rojava erstens wegen seines demokratischen Systems an, zweitens wegen der Freiheiten, die Frauen genießen, und drittens wegen der dort herrschenden Koexistenz der verschiedenen Völker. Das wollen sie nicht sehen. Sie wollen nicht, dass die kurdischen, assyrischen und arabischen Menschen sich gemeinsam selbst verwalten.

Das Grenzproblem ist unsere Hauptsorge

Kobane hat Widerstand geleistet und wurde zum Symbol der Menschlichkeit. Nach der Befreiung von Kobane sind auch Tel Abyad und nun auch das Stadtgebiet von Hasakeh vom IS befreit. Aber was ist mit Kobane? 80% von Kobane ist zerstört, die meisten seiner Einwohner wurden zu Flüchtlingen. Das Flüchtlingsproblem wurde auch zu einem großen europäischen Problem. Wenn diese Menschen jetzt in Kobane beim Wiederaufbau ihrer Krankenhäuser, Schulen und Wohnhäuser unterstützt würden, kämen sie nicht nach Europa - sie wollen das nämlich gar nicht. Wie können wir dabei helfen? Wir müssen die Menschen in sicheren Orten unterstützen. Auch in Syrien. Wo ist es sicher? In Rojava, also in Afrin, Kobane und Cizire ist es sicher. Aber die Menschen dort unterliegen einem Wirtschaftsembargo. Die gesamte Grenze zur Türkei ist dicht. Wenn wir genügend Druck auf die Türkei ausüben könnten, die Grenze zu öffnen, damit Waren nach Rojava gelangen, könnten die Flüchtlinge zurückkommen und müssten nicht nach Europa fliehen. Das Grenzproblem ist eine unserer Hauptsorgen. Im Moment gibt es eine besonders strenge Blockade an der Grenze zum Kanton Afrin. Von türkischer Seite ist die Grenze komplett geschlossen. Hier werden täglich vor allem junge Menschen von türkischen Soldaten erschossen. Darüber spricht niemand! Sie werden getötet, weil sie z.B. versuchen, medizinische Hilfe oder eine Ausbildung zu erhalten. Wenn wir das Grenzproblem lösen, werden wir eines der Probleme lösen, die Flüchtlinge schaffen. Wenn wir die Menschen in Rojava mit Bildungsmöglichkeiten unterstützen, wenn Abschlusszeugnisse unserer Universitäten von UNICEF anerkannt würden, würden viele junge Leute hier bleiben, hier studieren und ihre Heimat nicht verlassen.

Es scheint, dass die Türkei genau dies nicht möchte. Sie möchte die Region entvölkern und die demographischen Bedingungen – nicht nur in Rojava, sondern auch in ganz Syrien- verändern. Es stellt sich die Frage: Wer wird nach den Geflüchteten kommen und sie demographisch ersetzen? Es ist wirklich an der Zeit, dass die internationale Gemeinschaft sich der Probleme Syriens, Rojavas und der Lösung der kurdischen Frage annimmt. Die syrische Frage kann nicht losgelöst von der kurdischen Frage behandelt werden. In diesem Zusammenhang möchte ich etwas zur Haltung der deutschen Regierung gegenüber Rojava und den Kurden in Syrien sagen. Lassen Sie uns mit der humanitären Hilfe beginnen: Während Millionen von Dollar nicht einmal an die bedürftige syrische Bevölkerung gegeben werden, sondern direkt in die Taschen der (syrischen Oppositions-) Politiker in Istanbul wandern, gelangt nur sehr wenig humanitäre Hilfe nach Rojava. Diese Politiker sind für das Blutvergießen in den Flüchtlingslagern verantwortlich. Geht und schaut euch die türkischen Lager an und wie die Menschen dort leben. Würden sie von den Millionen etwas abbekommen, würden sie sicher ein besseres Leben führen können. Jeder weiß jetzt, dass sich diese Politiker Millionen eingesteckt haben. Eine von ihnen, Mitglied in der Syrischen Nationalen Koalition sagte, sie habe sich „nicht viele Millionen“, sondern „nur 15 Millionen Dollar“ genommen und damit ein Haus in Washington gekauft. Und was ist mit den anderen?

Die humanitäre Hilfe muss an die wirklich Bedürftigen in Syrien und Rojava gehen. Millionen gehen in die syrischen Städte, aber nichts nach Rojava. Sie sagen, es ist ein sicherer Ort, dort herrsche noch kein Hunger – bevor die Menschen dort nicht verhungern, geben wir ihnen nichts, sagen sie. Das ist eine unmenschliche Haltung. Wir müssen in diese humanitäre Angelegenheit sehr rasch Bewegung bringen. Ich lade alle ein, nach Kobane zu kommen und sich anzusehen, wie die Menschen dort leben. Wir jammern nicht, aber sie haben Bedürfnisse: wir brauchen Bildung, Arbeit, einige Projekte, die zumindest den jungen Leuten Einkommensmöglichkeiten bieten. Wir benötigen keine Nahrungsmittel, denn damit können wir uns dank unserer Landwirtschaft selbst versorgen. Aber für die Jugend brauchen wir Ausbildung und Arbeitsplätze. Hierfür tragen auch die europäischen Länder und die internationale Gemeinschaft Verantwortung.

Rojava (Westkurdistan) als Dezentralisierungsmodell für Syrien und für die Region

Rainer Hermann

DIch hatte die Freude, im vergangenen Jahr Rojava zu besuchen, den größten Kanton in Cizire. und will davon berichten. Letzte Nacht kam ich aus dem Iran zurück und hatte einige Zeit in den Vereinigten Arabischen Emiraten verbracht. Die Vereinigten Arabischen Emirate sind für mich die einzige Erfolgsgeschichte der Araber in jüngerer Zeit. Warum? Die vereinigte Arabischen Emirate sind kein Zentralstaat, sondern erstens die einzige funktionierende Föderation der Arabischen Welt. Zweitens: Dubai lebt von der Freiheit, die Kreativität und Dynamik freisetzt, und nun könnte Rojava eine weitere Erfolgsgeschichte im Nahen Osten werden. Und was ist der Rahmen dazu?



Rainer Hemann, Journalist,
Frankfurter Allgemeine Zeitung

Wir sehen einen präzedenzlosen Zerfall der Ordnung des Nahen Ostens. Ich sehe drei Gründe hierfür:

1. Die Eliten dieser postkolonialen Staaten hatten geglaubt, dass der Staat, wie ihn der Westen hervorgebracht hatte, die Moderne verkörpere. Sie übernahmen westliche Institutionen, die aber Fassade blieben.

2. Mit totalitären Ideologien wie dem Arabischen Nationalismus liessen Sie der Gesellschaft keinen Freiraum. Sie akzeptierten einfach nicht, dass die Gesellschaften pluralistisch sind.

3. Diese Staaten, die heute zerfallen, erfüllten Kernaufgaben von Staatlichkeit nicht. Sie waren keine Solidargemeinschaft. Sie stifteten auch keinen gesellschaftlichen Frieden. Mit dem Ergebnis, dass die Menschen diese Staaten einfach nicht mehr wollen, und wenn die Menschen sie nicht wollen, zerfallen sie. Wir haben ein Vakuum. Dieses Vakuum wird gefüllt von vielen nichtstaatlichen Akteuren. Auf der negativen Skala steht der IS, der die Region bedroht. Auch uns mit den Flüchtlingsströmen und den jungen Extremisten, die aus der Mitte unserer Gesellschaft in den Jihad ziehen und zurückkommen. Am positiven Ende der Skala hingegen zeigen die syrischen Kurden, was an Freiheit und Grundrechten möglich ist.

Ich kenne Syrien, ich habe dort studiert. In den 80er Jahren habe ich den Polizeistaat des Baath-Regimes erlebt, kurdische Freunde sagten mir: „Ich sage gar nicht in der Öffentlichkeit, dass ich Kurde bin. Sonst bekomme ich Probleme." Später sollte ich als Journalist Bashar Assad Interviewen. Den Kontrapunkt dazu setzt Rojava. Der Gesellschaftsvertrag der drei Kantone Cizire, Kobane und Efrin, die das Gegenmodell zum Totalitarismus der Baath-Herrschaft setzen.

Der Geist des Kantons Cizire

Als ich im vergangenen Jahr in Cizire ankam, erwartete mich am ersten Tag ein schönes Bild - den Geist dieses Kantons zeigte das Paar der beiden Co-Präsidenten des Kantons. Auf der einen Seite der mit seiner Körperfülle mächtige, arabische Scheich



Hamidi Daham al-Hadi, der für die arabischen Stammestraditionen und die konservative arabische Kultur steht. Er ist Chef der Stammesföderation der Schammar und damit Scheich von Millionen von Arabern in Syrien, Irak und Saudi-Arabien. Neben ihm sitzt die kurdische Frauenrechtlerin Hadiye Yusuf. Eine schmächtige Frau, die mehrere Jahre im Kerker des Assad-Regimes geschmachtet hat. Sie verkörpert den Aufstieg der Frau in der Gesellschaft des Kantons Cizire.

Die Revolution von 2011 hat die Grundlage eines neuen Gesellschaftsvertrages geschaffen, wie Sinem Mohammed schon davon gesprochen hat. Die Zauberformel heißt „Selbstverwaltung“ und ist damit das Gegenmodell zum Baath-Regime. Also dieser Gesellschaftsvertrag ist die Verfassung von Rojava (Westkurdistan). In der Präambel dieses Gesellschaftsvertrags heißt es: „Die Regionen der Demokratisch-Autonomen Verwaltung akzeptieren weder das nationalstaatliche, militaristische und religiöse Staatsverständnis, noch akzeptieren sie die Zentralverwaltung oder Zentralmacht. Die Regionen der Demokratisch-Autonomen Verwaltung sind offen für die Beteiligung aller ethnischen, sozialen, kulturellen und nationalen Gruppen.“ Das bedeutet:

1. Nicht der Staat hat Vorrang, sondern die Gesellschaft von unten.

2. Es darf keine Politik der Assimilation geben, ethnisch, religiös oder kulturell.

3. in Artikel 3 heißt es: „Rojava bleibt ein Teil Syriens.“ Aber das Wichtige ist: nicht Teil der arabischen Republik Syriens, sondern der demokratischen Republik Syriens - eines offenen Syriens - nicht Teil eines vom Nationalstaat beschränkten Syriens.

Das sind alles schöne Worte. Was bedeutet das?

Der Gesellschaftsvertrag von Rojava

Ich will sechs wichtige Elemente des Gesellschaftsvertrages herausstellen, um ihnen zu zeigen, für wie nah ich diese Ordnung an unseren Europäischen Wertvorstellungen halte.

1. Pluralismus: Um ein Parlament einzusetzen, um eine Exekutive zu gründen, kamen die 52 Parteien und Nicht-Regierungsorganisationen, die sich konstituiert hatten - die Baath Partei wollte leider nicht Teilnehmen – zusammen und einigten sich auf die Mitglieder des zu konstituierenden Parlamentes mit der Folge, das alle diese Gruppen in diesem Parlament vertreten sind. Zu dem sind von unten her in den Stadtteilen und Städten Räte geschaffen worden, die von unten nach oben ihre Beschlüsse transportieren. An der Spitze eines solchen Rates steht - Frau Sinem Muhammed hat bereits darauf hingewiesen - jeweils eine Frau und ein Mann. Das Kabinett besteht aus 22 Personen. Für Inneres, Kommunales, auswärtige Angelegenheiten, Frauen, Gesundheit usw. Auch dieses Kabinett ist auf der Grundlage dieses Konsens der 52 Parteien und nicht Regierungsorganisationen eingesetzt worden.

2. Die Gleichberechtigung der Frau: Einer der ersten Beschlüsse des neuen Parlamentes waren zur Frau, beispielsweise die Pflicht der Trauung, das Verbot der Vielehe. Erstmals können beide Geschlechter die Scheidung einreichen, und beim Erben haben Sie die gleichen Rechte. Die Stadträte und die Distrikträte haben Frauenquoten von 40%. Frauen kämpfen an der Front. Ich war dort und habe das selber beobachtet. Sie spielen in der Selbstverwaltung eine große Rolle, unvorstellbar in der konservativen arabischen Gesellschaft.

3. Rechte der Minderheiten: Nehmen wir als Beispiel, wie das erste Parlament einberufen wurde. Diese 52 Gruppen haben Monate lang konsultiert, sie einigten sich auf einen Schlüssel für das Parlament. - 61 Kurden, 25 Christen,15 Araber. Wichtig ist aber auch ein zweiter Schlüssel, denn das Parlament kann nur dann Beschlüsse fällen, wenn mindestens jeweils 10 Kurdische, christliche oder arabische Abgeordnete anwesend sind. Wir sehen also, Rojava soll kein Nationalstaat sein. Denn Nationalstaaten haben im Nahen Osten in der Regel viel Leid und Unterdrückung mit sich gebracht. Vielmehr soll dieser Gesellschaftsvertrag die Basis dafür sein, gleichberechtigte Völker und Religionen in einem Staat zu haben.

4. Subsidiarität: Ziel ist die Schaffung eines Gemeinwesens, das sich selbst verwaltet und von unten nach oben gesteuert wird und nicht von oben nach unten. Der Vorsitzende des Parlamentes sagte mir: „Was immer eine Gemeinde, Gemeinschaft alleine tun kann, soll sie alleine tun. Sie muss sich nur im Rahmen der Gesetze bewegen.“ - Das hat eine Parallele im liberalen westlichen Denken. Dort heißt es schlicht Subsidiarität. Diejenige Ebene soll etwas machen, die es am besten kann. Das ist ein Bekenntnis zur Dezentralisierung und eine Absage an Zentralismus.

5. Ein bemerkenswertes Charakteristikum ist das Recht auf Muttersprache wie es der Artikel 9 festlegt. In den Schulen besteht das Recht, ab der



ersten Klasse zwischen Kurdisch, Arabisch und Suryoyo als Unterrichtsprache zu wählen - Surhojo ist die Sprache der Syrisch-Orthodoxen Christen.

Wenn man das Gebäude der Regierung in Amude betritt, hängt ein großes Schild in den drei sprachen Arabisch, Kurdisch und Suhrojo, welches darauf hinweist, was sich in dem Gebäude befindet. Das Parlament in allen drei Sprachen und die Regierung in allen drei Sprachen.

6. Toleranz: Die Religiöse Toleranz wie sie in den Artikel 31 festgelegt wird, und die ja dazu führte, dass beispielsweise die Eziden, die vom Islamischen Staat verfolgt wurden, in Rojava Zuflucht gefunden haben. An der Spitze dieses Religionsministerium steht ein Muslim. Das ist in der arabischen Welt die Regel, die Stellvertreter sind aber jeweils ein Christ und ein Ezide. Das Gesetz schreibt ausdrücklich: Der Vorsitzende des Religionsministeriums muss kein Muslim sein – und das erinnert mich an den Beginn der Republik Syrien 1946, wo der erste Religionsminister des Unabhängigen Syriens ein Christ war. Rojava ist ein Modell einer turbulenten Region. Es funktioniert gewiss, aber nicht unter Laborbedingungen. Gefahren lauern und es wäre unredlich, nicht darauf hinzuweisen.

Lackmustest für die Demokratie in Rojava

Eine Gefahr ist, dass die erdrückende Dominanz der führenden Partei PYD droht die kleinen Parteien an den Rand zu drücken. Das wird der Lackmustest der Demokratie sein, dass diese kleineren Parteien überleben. Denn die Demokratie muss der Versuchung widerstehen, ein majoritäres Politikverständnis zu entwickeln, wie es in der Türkei zurzeit Präsident Erdogan praktiziert.

Zweitens: Die Verantwortlichen müssen glaubhaften Vorwürfen von Menschenrechtsorganisationen zu Menschenrechtsverletzungen nachgehen. Im Mittelpunkt steht vor allem die Polizei Asayish, der vorgeworfen wird, nicht zimperlich mit Andersdenkenden umzugehen. In den Berichten wird aber auch gleichzeitig darauf hingewiesen, dass dies nur ein Bruchteil dessen ist, was das Syrische Regime und die vielen Rebellengruppen praktizieren. Wie gesagt, Laborbedingungen gibt es in der Politik nicht. Ich kam auf jeden Fall Ende 2014 sehr angetan von meiner Reise nach Rojava zurück. Denn ich bin seit über einem Vierteljahrhundert als Journalist im Nahen Osten unterwegs und tätig. Nirgendwo habe ich dieses Maß an Toleranz und Bereitschaft für einen Pluralismus gefunden wie bei den syrischen Kurden. Das kommt unseren Wertvorstellungen sehr nahe. Übertragbar muss dieses Modell allerdings nicht sein. Denn Kurden sind in der Regel säkularer als muslimische Araber und sie sind auch nicht wie viele Araber vom krankhaften Wahn befallen, ihre historische Größe wieder herstellen zu müssen. Aber vielleicht ist Rojava ja doch der Ölfleck, der sich langsam ausbreitet - zu wünschen wäre es der Region. Denn Rojava ist eine Kraft für den Wandel, einen Wandel zum Besseren.

Externe Interessen auf Kosten der Kurden

Wenn die Weichen jedoch in den nächsten ein bis zwei Jahren falsch gestellt werden, wird Syrien in einem Strudel der Gewalt versinken, wie einst der Libanon, wo es nach lang anhaltenden Auseinandersetzungen erst 1990 zu einem Friedensschluss kam. Es wird voraussichtlich immer externe Kräfte geben, die ihre Interessen auf Kosten der Syrer verfolgen. Ihr Einfluss sollte jedoch zurückgedrängt werden.

Im Konflikt in Syrien spielt das Verhältnis zwischen den USA und Russland eine entscheidende Rolle. Es muss an sämtliche syrischen Gruppen appelliert werden, Widersprüche politisch zu lösen und Perspektiven für Frieden und Sicherheit zu entwickeln. Sollte es zu einem Friedensschluss kommen, sollte ein erster wichtiger Schritt sein, die Region wirtschaftlich zu entwickeln.

Die KurdInnen sind derzeit in einer besonders schwierigen Situation, weil sie sowohl unter Druck der Aufständischen als auch der Türkei stehen. Sie müssen gerade deshalb gute Kontakte in alle Richtungen entwickeln. Die KurdInnen sollten sich den IslamistInnen nicht unterwerfen, sich aber auch nicht in Sektierertum und Stammesfehden verwickeln lassen. Verhältnisse wie im Libanon müssen mit allen Mitteln verhindert werden. Wenn es den KurdInnen gelänge, Partikularinteressen zu überwinden und Rivalitäten untereinander, die einen zum Spielball externer Interessen machen, friedlich und pragmatisch zu lösen, und sich zu einer demokratischen Ordnung zu bekennen, könnten sie zum Vorbild in der Region werden.

Herausforderungen der Kurdischen Autonomieregion im Irak Hintergründe und Zukunftschancen

Prof. Dlawer Ala'Aldeen

Statt politische Taktiken und Strategien auf Grundlage von stark vereinfachten Schwarz-Weiß-Kategorien aus der Ferne zu definieren, wäre ein tatsächliches und ernsthaftes Engagement (Deutschlands im Mittleren Osten; Anm. d. Redaktion) im Interesse aller Beteiligten. Dafür ist es nötig, die komplexe und schwierige Umgebung im Mittleren Osten zunächst genau zu betrachten und erst dann politische Strategien zu definieren.

Deutschland hat lange Zeit gezögert und kein besonderes Interesse an kurdischer Politik, kurdischen Ansichten gezeigt. Wegen ihrer konservativen, antiquierten Betrachtungsweise, betreiben Deutschland und andere Länder in der Konsequenz eine Außenpolitik, die – ich möchte nicht sagen vollkommen an der Realität vorbei geht –, allerdings aber veraltet und nicht angemessen ist. Das hat zur Folge, dass die Ordnung des Mittleren Ostens neu gestaltet wird, ohne dass Deutschland und Europa einen nennenswerten Einfluss auf die Ausformung dieser Ordnung hätten.

Was im Mittleren Osten passiert betrifft unmittelbar auch Deutschland

Heute sind auch Deutschland und der Rest von Europa von allem, was im Mittleren Osten geschieht, unmittelbar betroffen. Der Erdball ist weitaus kleiner als wir ihn uns vorstellen. So wie die IPhones in Ihren Taschen keine Grenzen kennen, kennt auch der IS keine Grenzen. Radikalismus, Flüchtlinge, Börsenhandel und weitere Dimensionen von Sicherheit, Politik und Ökonomie kennen keine Grenzen. Was auch immer also im Mittleren Osten vor sich geht, behält direkte Auswirkungen auf die Geschehnisse in Deutschland. Wenn Sie sich die gegenwärtige Situation anschauen, zeichnet sich das Bild eines schwer zu durchdringenden Sumpfes, welches ein tiefergehendes Verständnis erfordert. So wie Menschen von Deutschland aus auf die Region blicken und versuchen, dieses Bild zu simplifizieren, käme es auf den Versuch an, zu verstehen, wie wir auf Europa blicken, wie wir auf Deutschland blicken und was wir von der deutschen Präsenz in Europa erwarten.

Wenn Sie sich die Vergangenheit und Gegenwart ansehen, können Sie Prognosen über die Zukunft des Mittleren Ostens stellen. Wenn Sie aber auch die politischen Strategien von Ländern wie Deutschland in der Vergangenheit und der Gegenwart betrachten, dann können Sie sehen, dass diese nicht mit der Zukunft vereinbar sind. Ich hoffe, dass ich Sie bis zum Ende meines Vortrages davon überzeugen kann, dass Deutschland genauer hinsehen muss. Es nützt nichts, den Mittleren Osten mit den Augen der USA zu betrachten – wie Deutschland es heute tut. Ebenso hat es keinen Zweck, den Mittleren Osten durch die Augen der Hauptstädte der jeweiligen Regionen zu sehen, etwa den Augen Ankaras, Teherans oder Bagdads. Solche Ansichten gehören der vergangenen Zeit an; sie haben keine Gültigkeit mehr, denn der Mittlere Osten durchläuft einen grundlegenden Wandel, die Dynamiken vor Ort verändern sich. Die lokalen Akteure haben sich radikal verändert und die regionalen Akteure



Prof. Dlawer Ala'Aldeen,
President of the Middle East Research Institute,



haben sich ebenso wie die globalen Akteure verändert. Vor einhundert Jahren saßen die Briten und Franzosen zusammen und teilten das Osmanische Reich mit großer Naivität per Dekret in kleine Länder auf. Sie mögen aufrichtig der Überzeugung gewesen sein, gute Arbeit geleistet zu haben; denn wenn Sie über diese Zeit nachdenken, wurden die Menschen und Völker damals seitens der Alliierten von der Herrschaft des Osmanischen Reiches befreit. Somit war die Zeit für die Staaten- und Nationenbildung gekommen; die Zeit dafür, die Völker zu freien Völkern zu machen und neue Einheiten und Organe auf nationalstaatlicher Basis zu errichten.

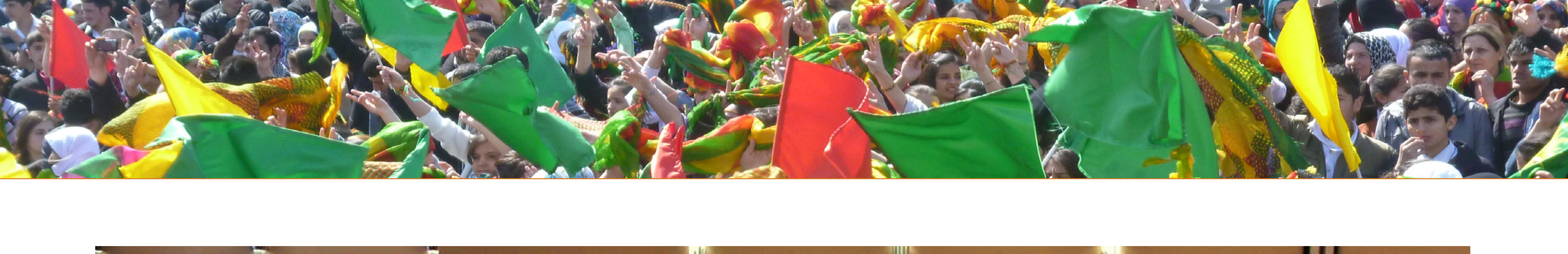
Ordnung im Mittleren Osten bieten keine Heimat für die Kurden

Aus irgendeinem Grund hat diese Ordnung, die im Mittleren Osten nach dem Ersten Weltkrieg etabliert wurde, weiterhin Bestand. Jede Supermacht, die kam und ging, hat sie bewahrt. Zwischen den zwei Weltkriegen wurde Deutschland zur Supermacht und hat diese Grenzziehungen dennoch respektiert. Das Deutsche Reich ging unter und das Sowjetreich etablierte sich, die Zeit des Kalten Krieges war gekommen. Ost und West beließen die bestehenden Grenzen und Definitionen der Staaten wie sie waren, sogar bis heute. Länder wie Deutschland, die Türkei und die USA, sie alle halten an ihren politischen Strategien, der jetzigen Grenzziehung der politischen Landschaft des Mittleren Ostens fest. Das ist nur dann in Ordnung, solange sie auch in die Nationen und die Nationenbildung innerhalb dieser Grenzen investieren. Es hat keinen Zweck, Menschen eine Grenze aufzuzwingen, ohne zu tun, was nötig ist, um das Land für diese Menschen zu einem Zuhause, zu einer Heimat werden zu lassen; ohne das Notwendige zu tun, um Frieden und Stabilität innerhalb dieser Nationen durchzusetzen. Auch Nationen oder Völker wie die der Kurden wären vollkommen zufrieden damit, diese Grenzen zu ehren, zu erhalten und zu respektieren – solange sie innerhalb dieser Grenzen frei sind, ihre Menschenrechte gewahrt werden und sie Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand genießen. Aber jeder sagt: „Ihr bleibt innerhalb dieser Grenzen und bleibt von Teheran, Bagdad, Damaskus und Ankara unterdrückt!“. Mit anderen Worten, das waren die Zeiten des Kalten Kriegs und wir als Kurden haben auf die Zeit gewartet, in der sich diese Anweisung ändert, in der sich diese Grenzen ändern. Und wenn sich die Grenzen schon nicht ändern, so sollten sich zumindest die autokratischen Regime und die Art und Weise, in der der gesamte Mittlere Osten geordnet wurde, verändern.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hatten osteuropäische Länder das Glück, dass westeuropäische Länder ihnen zur Seite standen und sie vor dem Abgleiten ins Chaos und dem Auseinanderfallen bewahrten. Dies trug also dazu bei, Osteuropa zu retten und selbst jene Länder, die autokratisch waren wie zum Beispiel Rumänien, derart zerrüttet und nicht funktionsfähig, sehr rasch zu demokratisieren, sodass sie nun auf eigenen Füßen stehen. Welche Kraft steckte dahinter? Es war der Einfluss von Westeuropa und Demokratie. Dabei hat Deutschland eine entscheidende Rolle gespielt, angefangen mit Ostdeutschland. Wir haben also gehofft, dass dieser Frühling, der „Europäische Frühling“, auch im Mittleren Osten ankommen wird. Aber wie üblich, braucht es bis dahin zehn bis fünfzehn Jahre…

Das Jahr 2003 hätte also den Startpunkt dieses Dominoeffekts markieren können; hätte den Wandel einleiten können, mit dem eine neue Ordnung aufgebaut werden könnte. Die Sowjetunion ist nicht mehr existent und es gibt nur noch eine Supermacht auf der Welt. Die USA hätten diese Lücke füllen und im Mittleren Osten eine neue Ordnung in Gang setzen können, die dem Frieden, Wohlstand, und den Wirtschafts- und Handelsbeziehungen dient. Das ist nicht passiert. Letztendlich übernahmen die USA eine aktive Rolle, beseitigten Saddam Hussein und die neue konservative Idee war, dass danach eine Demokratisierung beginnen und ein Dominoeffekt im gesamten Mittleren Osten einsetzen würde. Auch das ist nicht passiert. Zu viele Regionalmächte waren im Laufe der vergangenen dreißig, vierzig Jahre emporgekommen: Iran, Türkei, Saudi-Arabien und andere, die zur Stelle waren, um die Demokratisierung und Veränderung der Weltordnung aufzuhalten. Aber auch lokale Akteure, radikalisierte Akteure, haben dies verhindert.

Nachdem Saddam beseitigt war, dauerte es also weitere zehn Jahre, bis etwa 2011, bevor der „Arabische Frühling“ begann. Und der „Arabische Frühling“ versprach all das zu ändern; versprach diese sogenannten „Nationalstaaten“ zu beseitigen, die niemals Nationen geschaffen hatten und die für die Völker und Menschen niemals zu einer Heimat geworden waren. Auch wurde nicht-staatlichen Akteuren Luft verschafft und die Chance gegeben, ihre Zukunft tatsächlich selbst zu gestalten. Die Kurden sind ein gutes Beispiel, wenn es darum geht, als ein nicht-staatlicher Akteur die Zukunft gestalten zu können. Wenn Sie also ihre außenpolitischen Strategien entwerfen, ist es nicht länger ausreichend zu sagen: „Ich verhandele mit Ankara und über eben diesen Weg mit den Kurden in der Türkei; ich verhandele mit Bagdad, wenn ich mich mit Kurden im Irak beschäftige.“ Nein! Sie müssen sich ab sofort mit den Kurden auseinandersetzen, um die Zukunft der Region zu gestalten; um ihre





Interessen, ihren Handel, ihre Geschäfte, ihre Beziehungen, ihre Diplomatie usw. abzusichern.

Kurden als Stabilitätsfaktor

Kurden leben heute unter Bedingungen, die anders sind als sie sein könnten, aber es sind Elemente von Stabilität feststellbar. Es stimmt, Kurden hatten Kriege untereinander, sie waren schlimm zueinander. Die Politik in der Region ist komplex und geprägt von der Geschichte, Kultur und der Mentalität des Mittleren Ostens. Es ist nicht leicht, eine Gesellschaft, welche über einhundert Jahre vollkommen unterdrückt war, schlagartig in eine demokratische Gesellschaft zu verwandeln. Das benötigt Zeit, aber auch Engagement und Unterstützung. Es ist im Interesse westlicher Demokratien näher zu kommen und diesen Menschen in die Demokratie hinein zu verhelfen. Wir brauchen deutsche und europäische Mithilfe, um demokratischer zu werden, um eine demokratische Kultur und Stabilität herauszubilden. Die Förderung von Maßnahmen und Strategien zur Vertrauensbildung, Konfliktlösung usw. – all diese Dinge helfen. Hier benötigen wir Unterstützung, da wir diese Erfahrungswerte nicht haben.

Menschen stellen sich die heutigen Ereignisse vor, als würden sie einfach passieren, doch sind sie Resultate der Vergangenheit. In den 60er Jahren, auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, forderten Kurden im Irak ihre Rechte ein – sie wurden ihnen verweigert. Es gab von 1961 bis 1970 eine Bewegung und von 1974 bis 1975 den Krieg mit Bagdad. Darüber hinaus war und ist die Türkei ein wichtiges Land; sie ist nicht nur NATO-Mitglied, sondern hat auch eine Grenze zu Russland und dem Iran. Das ist von großer Bedeutung. Deutschland hat sogar noch mehr in die Türkei investiert, und ein ganz kleines bisschen in die Kurden. Was passierte also nach dem Krieg von '74 bis '75? Die kurdische Bewegung war so stark, dass sie Saddams Regime fast in die Knie gezwungen, fast in den Bankrott getrieben hätte. Viele haben während dieser Zeit ihr Leben gelassen, Zehntausende, wenn nicht sogar eine halbe Million. Saddam wollte den Krieg also beenden, traf sich in Algier mit dem iranischen Schah und trat ein großes Stück arabischen Landes und Wasser an den Iran ab. Soweit es die Araber betraf, war dies ein skandalöser Akt. Saddam wusste dies und es gefiel ihm überhaupt nicht, daher wartete er auf eine Gelegenheit, das Land zurückzubekommen. Aber warum hatte er es überhaupt abgegeben? Weil er die kurdische Bewegung loswerden wollte. Und warum hat er den Iran-Krieg initiiert? Irak war der Aggressor und begann den Iran-Krieg im Jahr 1980 – warum? Genau genommen ging Saddam hinein, eroberte innerhalb von zwei Wochen das Land zurück, das er vorher an den Iran abgegeben hatte und verkündete „Das ist der Punkt, an dem ich aufhöre". Aber Iran entgegnete mit einem „Nein, du wirst hier nicht aufhören!". Der Krieg dauerte acht Jahre, er hätte zwei Wochen dauern können, wenn der Iran das hingenommen hätte. Aber nein, er dauerte acht Jahre. Und der Osten und der Westen? Wir wissen, wen sie unterstützt haben.

Kurden im Irak halten also heute zum ersten Mal ihr Schicksal in den eigenen Händen

Die kurdische Komponente führte also zum Krieg von 1975, führte zum acht Jahre dauernden Iran-Irak-Krieg. Und was passierte im Anschluss? 1988 trat Saddam auf, ausgestattet mit nuklearen Möglichkeiten und einer unterwürfigen Armee, und er



began Kuwait, Saudi-Arabien und den Rest zu bedrohen. Sie sollten dem Irak sowohl die Toten vergeben, die er diesen Golfstaaten schuldete, als auch das Atomprogramm unterstützen. Die gesamte arabische Welt und auch der Westen wollten Saddam stoppen. Saddam wusste das und ergriff in Kuwait die Initiative. Wir wissen, was nach Kuwait geschehen ist: Saddam stand kurz davor, entmachtet zu werden, und er war fast schon gestürzt; doch das wurde er nicht, denn die pro-westliche, pro-amerikanische Alternative war damals noch nicht bereit. Es brauchte also zehn Jahre von Sanktionen gegen den Irak, die einen Staatsbankrott herbeiführen sollten, bis es schließlich zum Krieg von 2003 kam. Nachdem dieses Vakuum geschaffen war, waren die Amerikaner zur Stelle, um es zu füllen, und dann mussten sie das Land wieder verlassen. Der Abzug des amerikanischen Militärs und ebenso die überwältigende iranische Dominanz über die irakische Politik (vertikal und diagonal) bewirkten, dass das gesamte Land in einem Vakuum lebte und letztlich Radikale kamen und es füllten. Terrorismus kam und füllte es, Iran nahm den Irak als Geisel und entkoppelte ihn von der internationalen Gemeinschaft. Und was dann zu sehen war, ist das, was wir heute sehen: Noch immer ein Vakuum, noch immer keine Zukunft. Syrien – failed state, Irak – nicht funktionsfähiger Staat, Jemen – gescheitert, und so weiter. Wo liegt die Zukunft? Ich bin der Ansicht, dass weder der arabische Staat noch der Mittlere Osten (wie wir ihn kennen) am Ende sind. Es wird noch mehr Gewalt geben und noch mehr Veränderungen. Sie können sehen, was geschieht, wenn Kurden ihre Grundrechte, also eine Anerkennung Kurdistans oder ihr Recht auf nationale Unabhängigkeit und Menschenrechte verweigert werden. Seit dem Sturz von Saddam Hussein waren Kurden der Stabilitätsfaktor in Bagdad, sie waren Königsmacher. Gewiss hatten sie Schwierigkeiten finanzieller und politischer Art. Und ja, sie wurden als selbstsüchtig und stark auf sich selbst fokussiert angesehen. Warum sollte man das auch nicht sein, wenn man die Chance hat, das Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen?

Die Kurden im Irak halten also heute zum ersten Mal ihr Schicksal in den eigenen Händen. Doch was tut Bagdad? – Bagdad ist beschäftigt, in einem Teufelskreis gefangen, und bleibt funktionsunfähig; Bagdad ist inzwischen zu lange und zu stark geschwächt, sodass es seine Fähigkeit verloren hat, sich wieder zu erholen. Also stellen Sie sich vor, wie Sie eine Politik für den Irak im Gesamten, also für Kurden, Sunniten und die vielen anderen entwerfen würden; und zwar aus der Perspektive Bagdads heraus. Nun, Sie werden dabei die Gewichtung der Autorität Bagdads feststellen.

Politik gegenüber der PKK nicht über die Türkei definieren!

Und ebenso lägen Sie wieder falsch, wenn Sie versuchten, ihre Politik gegenüber der PKK oder den Kurden in der Türkei über die Türkei zu definieren. Sie werden in die Irre geführt werden. Viele Staaten und Einrichtungen weigern sich, den Begriff „Kurdistan“ im Irak auszusprechen. Nun, ich sage Ihnen eines: Das ist sowas von nicht mehr zeitgemäß!!! Denn sogar die Türkei sagt inzwischen „Kurdistan“; die Türkei verwendet den Begriff „Irakisch-Kurdistan“ und Bagdad hat ihn in der Verfassung verankert. Es existiert ein Ort, der als „Region Kurdistan“ bezeichnet wird. Kein anderer Ort wird, nebenbei bemerkt, als „Region Kurdistan“ bezeichnet; nicht Rojava und auch keine Region in der Türkei. „Region Kurdistan“ bedeutet nur eins: Ein Name. Wenn also politische Strategien bzgl. der PKK entwickelt werden, bezeichnen die USA diese als terroristisch, nur weil die Türkei sie als terroristisch erklärt; Deutschland und die EU bezeichnen sie ebenfalls als terroristisch. Und wenn man sie hinter verschlossenen Türen nach dem Grund fragt, dann antworten sie mit „wegen der Türkei“, doch ignorieren dabei, dass die Türkei die PKK de facto nicht als Terroristen betrachtet. Wissen Sie, warum das so ist? – es gibt 80 PKK-nahe Parlamentsabgeordnete in der Türkei. Wie funktioniert das? Wie viele Bürgermeister, Gouverneure und einflussreiche Menschen sind tatsächlich Anhänger der PKK oder ehemalige Mitglieder der PKK? Sie regieren bereits!

Auf der einen Seite wird gesagt, die PKK sei eine Terrororganisation, und auf der anderen wurden Talabani und Barzani von Herrn Bush Senior, Herrn Clinton, Herrn Bush Junior und Herrn Obama im Büro des amerikanischen Präsidenten empfangen, noch während sie in den USA als Terroristen gelistet waren. Möchten Sie also ihre Politik in Deutschland etwa auf diese heuchlerische, Sichtweise und Doppelmoral, auf solch ein simplifizierendes Schwarz-Weiß-Denken gründen? In Ordnung, Sie können sagen, dass die Kurden fragmentiert sind. Dies trifft zu, aber ich vergewissere Ihnen, dass dieser Zustand Teil ihrer Überlebensstrategie war. Wenn Sie umgeben wären von Regionalmächten wie der Türkei, dem Iran, Saudi-Arabien und Syrien, von denen keine ein Interesse an nation-building, Frieden und Demokratie hatte und hat, wie würden Sie überleben? Sie müssten diese Mächte zu ihrem Vorteil nutzen. Es heißt, die PUK hätte gute Beziehungen zum Iran, aber ich kann Ihnen auch sagen, dass die KDP sogar noch bessere Beziehungen zum Iran hat – die Menschen wissen es nur nicht. Tatsächlich hat Gorran, verglichen mit der KDP, schlechtere Beziehungen zum Iran. Die KDP kann mit einem Anruf sogar Zugang zu Ajatollah Khamenei bekommen; Gorran kann das definitiv nicht.



Wenn Sie die Situation also nach dem beurteilen, was in den Medien vermittelt wird, gestalten Sie Ihre Politik auf sehr schwacher Grundlage. Kurden mussten in der Region überleben und sie sind ein Volk des Mittleren Ostens, sie sind interessengeleitet. Sie sind genau wie die Araber oder die Türken gespalten. Aber ist dies ein ausreichender Grund, um zu sagen: „Gebt ihnen nichts! Vergesst es! Konzentrieren wir uns weiter auf die Hauptstädte, so wie wir es in der Vergangenheit immer getan haben.“? – Nein. Sie sollten wissen, dass, was auch immer dort heute passiert, von unmittelbarer Bedeutung für das ist, was Sie zu Hause tun; nicht nur mit Blick auf Sicherheits- und Radikalisierungsproblematiken, sondern auch für den Handel und vieles mehr. Wenn ich also zu der Frage komme, was Europa tun kann, schmerzt es mich zu sagen, dass es nichts gibt, das Europa tun kann.

Warum? – Weil Europa seine Fähigkeit irgendetwas zu tun, verloren hat. Die EU hatte die vielversprechende Aussicht, zu den „Vereinigten Staaten von Europa“ zu werden, eine globale Gestaltungsmacht zu werden, zur Stelle zu sein, sogar den USA eine gewisse Richtung vorzugeben, wenn die USA von Ihrem Weg abkommen sollte. In dem Moment, in dem die USA etwas Abstand zum Mittleren Osten genommen und akzeptiert haben, dass dort andere Mächte sind, haben sie das Atomabkommen mit dem Iran vorangetrieben. Sie warten ab, was mit dem Abkommen geschieht, bevor sie über den Umgang mit ISIS, Syrien und allem anderen entscheiden. Und während dieser Zeit leiden all die Menschen – leiden wir alle. Wie positioniert sich die Europäische Union hier? Kann die EU nicht einspringen und die zukünftige Ordnung des Mittleren Ostens gestalten, wenn niemand anderes es tut? Iran tut es übrigens. Können Sie diese Aufgabe denn dem Iran überlassen? Nun, der Iran liegt richtig mit dem, was er tut. Der Iran ist besessen von seiner Sicherheit, seiner nationalen Sicherheit. Iran möchte Israel kaltgestellt sehen, möchte die USA kaltgestellt sehen. Sie errichten eine Brücke zwischen Teheran, Bagdad, Damaskus und Süd-Libanon – sie haben Israel eingekreist. Das ist ein Weg. Dann bleiben aber noch die Hamas und die Huthis usw., die wiederum Saudi-Arabien und Israel einkreisen. Werden Sie nun sagen, das sei schlecht? Oder werden Sie sich damit befassen? Es gibt eine Realität, und in diesem Fall ist Letzteres die Realität: Sie müssen sich mit ihr befassen! Wenn die USA sich auf Russland, auf Südostasien konzentrieren und erklären: „Zwickmühle… zu schwierig… wir lassen es auf sich beruhen, bis Obama geht“, und wir gleichzeitig abgleiten in immer größeres Chaos, in weitere Radikalisierung und noch mehr Terrorismus, ist unser Nachbar Europa davon betroffen!

Europa kann eine entscheidende Rolle spielen und wir wollen, dass Europa dies tut. Aber wer ist die EU? Ich bitte Sie, definieren Sie die EU! Heute meint die Europäische Union Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Und jeder einzelne von ihnen verfolgt seine eigene Politik, jeder verhandelt faktisch mit dem Rest der Welt, als würde die restliche EU nicht existieren. Inzwischen haben sie in Brüssel oder an anderer Stelle einen Mechanismus entwickelt, der zwar heute noch keine gemeinsame Außenpolitik hervorbringt, aber zumindest schrittweise, auf evolutionäre Weise letztendlich innerhalb der nächsten zehn Jahre zu einer Einheit führen wird und die eine gemeinsame Vision für die Welt entwickeln kann, eine gemeinsame Strategie und Politik. So wie die Dinge in der EU heute liegen, kann ich nicht erkennen, wie dort zusammengearbeitet wird, um eine Einheit aufzubauen, welche auf lange Sicht eine politische Strategie für die EU definiert, zu der sich jeder in der Europäischen Union bekennt. Das ist derzeit nicht erkennbar. Wir hoffen, dass dies eines Tages geschieht und Deutschland sollte hierbei eine entscheidende Rolle spielen.

Aber Deutschland kann nicht alles haben. Deutschland kann nicht zu jedem gute Beziehungen haben und im gleichen Moment jedem zugestehen, sich gegenseitig zu bekämpfen. Das Bestmögliche, das Deutschland in diesem, wie ich ihn nenne, AKP-PKK-Konflikt tat, war, dass man erklärte, man sei „nicht glücklich“ über diesen Krieg. Selbstverständlich! Und Deutschland hat eine Vielzahl von Gründen, über diesen Krieg nicht glücklich zu sein und die Führung in der Türkei zu kritisieren. Aber das war auch schon alles, weiter geht man nicht. Was hat denn die deutsche Regierung noch getan, um die Entscheidungen zu beeinflussen, um die politischen Strategien zu beeinflussen und diese abzulehnen? Sie machen nichts dergleichen. Ich treffe Deutsche in Erbil, ich treffe Europäer in Erbil, ich treffe Diplomaten. Wir beschäftigen sie, wir arbeiten zusammen. Das ist stets unsere Botschaft an sie. Jedes Mal antworten sie, wie leider jeder in Europa, wie jeder in der Türkei, wie jeder andere: „O.K.! Wie sollte unsere Außenpolitik aussehen?“ Und jedes Mal kommen sie zu dem Schluss, dies sei etwas, das die Amerikaner übernehmen sollten. Was sollte die Türkei in Syrien tun? Wenn Sie mit einem Türken sprechen erklärt er: „Das ist etwas, dass die Amerikaner tun sollten!“ Wenn Sie mit einem Europäer sprechen, sagt der: „Das ist etwas, was die Amerikaner tun sollten!“ Aber was wird dann aus Ihrer Führungsrolle? Wenn sich die USA weigern zu lenken, wenn sie sich Zeit lassen – wer wird dann vorausgehen? Ich denke Deutschland kann anführen, kann vorangehen.

Herausforderungen der Kurdischen Autonomieregion im Irak Hintergründe und Zukunftschancen

Dr. Karl Schramek

Zum heutigen Thema mit seiner durchaus berechtigten Frage [Ein neuer Akteur im Nahen Osten: Die Kurden Vom Instabilitäts- zum Demokratisierungsfaktor?] muss ich sagen, hätte ich mir vom einem halben bis dreiviertel Jahr deutlich einfacher getan, mit einem „Ja" zu antworten.

Über die [Einzel-]Elemente des „Warum?" werde ich nachher referieren. Einen Grund möchte ich gleich vorwegnehmen: Ich sehe ihn in der geradezu klassischen Haltung, um nicht zu sagen Schwäche, vieler kurdischer Führer. Sie haben quer durch die letzten Jahrzehnte der jüngeren kurdischen Geschichte regelmäßig Aspirationen und Hoffnungen der Kurden in allen Ländern beschädigt oder gar verunmöglicht, indem sie sich zum Spielball äußerer Mächte und derer regionalen, geostrategischen Interessen gemacht haben.

Kurdische Führer haben sich in der Vergangenheit regelmäßig aus Gutgläubigkeit den Mächten in der unmittelbaren Nachbarschaft, aber auch den Vereinigten Staaten, Israel und anderen Partnern angebiedert und dabei übersehen, dass diese Paten niemals etwas für die Kurden leisten werden, sondern ausschließlich ihren eigenen Interessen nach handeln werden. Die einzige kurdische Gruppierung, die in nunmehr dreißig Jahren Kohärenz gezeigt hat, ist, wenn auch mit fragwürdigen Mitteln, die PKK. Wenn man die Geschichte dieser Bewegung zurückverfolgt, erkennt man leicht, dass der Gegenstand jüngster Diskussionen, der Friedensprozess zwischen der Türkei und der PKK, bereits Anfang der neunziger Jahre von dem PKK-Führer Abdullah Öcalan in Wort und Schrift festgehalten wurde.

In diesem Zusammenhang eine Fußnote von mir. Es hat mir leidgetan, oder auch nicht gepasst, dass der Westen, insbesondere Europa als unmittelbarer Nachbar, diesen Friedensprozess, als er begann, nicht sehr unterstrichen oder positiv eingeschätzt hat. Man hat ihn nicht begleitet, sondern nebenherlaufen lassen. Dies, anstatt diese historische Chance zu ergreifen und den Prozess mit allen Kräften zu unterstützen. Nun zum Nordirak (auch wenn ich mir bewusst bin, dass ich mit dieser Terminologie hier in diesem Kreis kurdischer Freunde Ärgernis erregen werde, bleibe ich dabei).

Die Region des Mittleren und Nahen Ostens ist heute von einer tiefgreifenden Fragilität ihrer Staaten gekennzeichnet. Dies gilt nicht nur für Syrien und den Irak, sondern gleichermaßen auch für den Jemen und Libyen. Bis zu einem gewissen Grad zählen hierzu auch Ägypten, Saudi-Arabien und der Libanon, welche ebenfalls nicht als stabile Elemente der Staatengemeinschaft bezeichnet werden können.Wo auch immer Dschihadisten oder bewaffnete Aufständische in der Lage sind, Räume zu kontrollieren, liegt zumindest eine der wesentliche Ursachen in der politischen und wirtschaftlichen Marginalisierung bedeutsamer Teile oder großer Gruppen der jeweiligen Bevölkerung.

Ohne eine gewisse Form der Machtteilung, in der sich alle Bevölkerungsgruppen wiederfinden, wird es keine Wiederherstellung von Staatlichkeit dieser zerris-



Dr. Karl Schramek,
Österreichischer Diplomat,



senen Regionen geben. Im Nordirak haben wir, nach den fürchterlichen Ereignissen des Bürgerkrieges, des Waffenstillstandes Mitte der Neunziger und insbesondere nach dem „Power-Sharing-Agreement“ aus dem Jahre 2005 zwischen Masud Barzanî und Dschalal Talabanî, einen für die gesamte Region neuen Schritt gesehen. In diesem extrem volatilen Umfeld des zweiten und dritten Irakkrieges, in dem sie sich damals befanden, haben sie mit diesem „Power-Sharing-Agreement“ eine längere Phase relativer innerer Stabilität und wirtschaftlicher Prosperität herbeigeführt. Gestützt wurde dies durch die hierzu parallele Rückbesinnung auf die eigentlichen nordirakisch-kurdischen Interessen, im Gegensatz zu dem früheren Schielen nach ausländischen oder regionalen Partnern.

Zu Hilfe kamen dem Nordirak und seinen Führern dabei zweifellos die sich bereits abzeichnenden Instabilitäten in der Region. Einerseits die Aufstandsbewegungen im Irak unter der amerikanischen Besetzung und die Zuspitzung der Situation in Syrien nach dem Mord an Rafiq (al-)Hariri im Februar 2005. Syrien wurde damals bereits als „the lowest hanging fruit in the garden“ bezeichnet und galt damit praktisch als nächster Kandidat für eine Invasion der Amerikaner.
Aber auch die Entstehung der Vorläuferorganisation des heutigen „IS“ unter (al-)Sarkawi in der irakischen Provinz Anbar und in Jordanien war ein Faktor der sich abzeichnenden Instabilität.

Bis vor einem Jahr: Erfolgsstory Nordirak

In dieser, wie ich sie nenne, „Phase der Inklusion“ der politischen Kräfte im Nordirak ist es auch weitgehend gelungen, eine Art von Eigenstaatlichkeit dieses Gebildes zu erzielen. Sie ist die Erfolgsstory für den Nordirak. Gekennzeichnet war diese Zeit auch von einem hohen Grad demokratischer Reife, frei von Konfessionalismus. Dies hat dazu beigetragen, dass die nordirakisch-kurdischen Führer internationale Anerkennung erreicht haben. Diese Phase hat zu der noch heute nachwirkenden Wahrnehmung geführt, dass Kurden vertrauenswürdige Partner in einer Region der Zerrissenheit und Instabilität sein können.

Diese Einschätzung war bis vor einem Jahr gültig. Heute muss ich sagen, dass ich die jüngsten Entwicklungen mit einer gewissen Sorge betrachte und mir fast die Frage stelle, ob diese Phase eine Ausnahme war. Ich hoffe, dass dem nicht so ist. Dies unter dem Gesichtspunkt, dass der Nordirak nicht erst in jüngerer Zeit zunehmend immer stärkeren inneren und äußeren Repressionen ausgesetzt ist.Ein Element dieser Problematik ist die politische Schwäche der PUK und ihre Funktionskrise in Abwesenheit von Dschalal Talabanî.. Teil dessen ist die Erstarkung der Gorran-Bewegung, zu der die KDP, in nicht allzu diskreter Form und auf Kosten eben jener PUK, ihren Beitrag leistet. Die Ereignisse rund um die abgesagte Präsidentschaftswahl vom 9. August nach dem bereits einmal verlängerten Präsidentschaftsmandat Barzanîs sind nur ein Beispiel hierfür. Ein weiteres Element ist die Verschlechterung der Sicherheitslage im Nordirak insbesondere durch den IS, aber auch die neuerliche Konkurrenz der KDP- und PUK-Peschmerga. Ich erinnere Sie an die teilweise gefährlichen Situationen im Kontext der Besetzung der Ölfelder von Kirkuk.

Die verstärkte Einflussnahme der Türkei, einem klassischen Unterstützer der KDP, auf der einen Seite und des Iran, seit jeher eher mit der PUK verbündet, auf der anderen Seite spielt eine weitere wichtige Rolle. Dies vor allem in Anbetracht der zunehmenden regionalen Konkurrenz dieser beiden Staaten. Hinzukommendes Element ist die 180-Grad-Wende der türkischen Politik, die den vor kurzem ausgerufenen Kampf gegen den Terror nun als Kleeblatt für neuerliche Angriffe auf Kurden und die PKK nutzt. Wie zynisch diese türkische Politik einzuschätzen ist, kann man daran erkennen, dass der Friedensprozess mit Abdullah Öcalan verkauft wurde. Dies geschah mit vollem Einverständnis des Westens und nicht zuletzt der Vereinigten Staaten, die sich dafür die Luftwaffenbasis Incirlik als Ausgangsort für ihre eigenen Bombardements sichern konnten.

Ein weiterer Punkt, der Besorgnis bereitet, ist die sich rapide verschlechternde Finanzsituation der Regionalregierung. Die monatlichen Ausgaben in Höhe von 1,2 Mrd. Dollar werden, neben Investitionskosten und anderen operationellen Ausgaben, hauptsächlich für den mit 700.000 Angestellten (davon 200.000 Peschmerga) immens aufgeblähten Bürokratieapparat verwendet. Dieser macht circa 60 % der Ausgaben aus. So häuft die Regierung einen Schuldenberg im eigenen Land in Form von ausstehenden oder zu spät gezahlten Gehältern und auf internationaler Ebene gegenüber verschiedenen Unternehmen an. Letzteres vornehmlich gegenüber Ölgesellschaften mit über 5 Mrd. Dollar ausstehenden Zahlungen und gegenüber Banken, hier insbesondere türkischen und libanesischen.Der einzige Schlüssel für eine finanzielle Erleichterung liegt gegenwärtig allenfalls in der türkischen Öllagerstation von Ceyhan. Deren Lager sind aber voll mit irakischem Öl, das aufgrund der mit diesem Öl verbundenen rechtlichen Unsicherheit nicht verkauft werden kann.

Wirtschaftliches Defizit und politische Differnzen

Unbestätigten, von mir nicht überprüfbaren Meldungen zufolge liegt das aktuelle Defizit der Regionalregierung bei über 6 Mrd. Dollar. Dass in dieser Situation Korruption und der Ölschmuggel in Richtung des Iran keine Erleichterung bilden, ist leicht nachvollziehbar.Geben all diese Elemente nicht genug Anlass zum Nachdenken, dann vielleicht das zunehmende



Auseinanderleben von KDP und PUK, ihre unterschiedlichen Visionen für die Zukunft des Landes und nicht zuletzt die unstete Haltung gegenüber Bagdad.

Während die KDP für eine harte Haltung gegenüber Bagdad in finanziellen Fragen und hinsichtlich der Zukunft des Nordirak für Unabhängigkeit des Landes unter einer Art Schutzmantel der Türkei eintritt, vertritt die PUK eine wesentlich pragmatischere Linie in finanziellen Fragen und möchte der Türkei deutlich weniger Spielraum im Nordirak bieten. Diese tiefgreifenden Meinungsunterschiede äußern sich in tragischer Weise bis hinein in das Handeln der kämpfenden Truppen der Peschmerga, sowohl in deren Kämpfen gegen den IS als auch bei der Sicherung der Ölquellen. Zusätzlich zu diesen innerkurdischen Konfliktlinien kommt hinzu, dass dadurch der Türkei mehr Zugriff im Nordirak gewährt wird und auch der Iran seine Stellung dort zu sichern versucht. Er hat schon mehrfach zur erkennen gegeben, dass eine Verbesserung des nordirakisch-kurdischen Verhältnisses zu Bagdad zweifellos davon abhängig sein wird, dass die irakisch-kurdische Idee einer Energieunabhängigkeit des Landes aufzugeben ist. Ebenso wird der Status von Kirkuk neu zu verhandeln sein.

Damit schließt sich der Kreis mit der Frage, ob eine nordirakisch-kurdische Inklusion der politischen Kräfte stattfindet oder das neuerliche Schielen nach ausländischen, regionalen oder geostrategischen Partnern stattfindet. Ich bin nicht allzu optimistisch. Die aktuelle Situation wird nicht schnell zu überwinden sein. Trotzdem glaube ich, dass in der derzeitigen Situation, in der sich die Region vom Mittelmeer bis zur iranischen Grenze befindet, die kurdische Gemeinschaft, egal in welchem Land sie lebt, für Europa und den Westen der verlässlichste Partner sein wird. Der Westen täte gut daran, mehr in seine Beziehungen vor Ort und in das Schicksal der Kurden zu investieren.

Die Türkei im Zwiespalt: Hegemonialmacht oder Demokratiefestung für die Region

Resultate der Wahlen zum türkischen Nationalparlament und ihre Auswirkungen auf den Friedensprozess, Hisyar Özsoy

Wenn ich heute über die Situation der HDP und der KurdInnen in der Türkei berichte, dann behalten Sie bitte im Hinterkopf, dass diese Veränderungen und die Situation im Nahen Osten, Syrien und Irak, aufeinander einwirken.

Ich würde gern mit dem Bild von Erdoğan beginnen. Vor Kurzem kam ich hierher, nach Brüssel, Hamburg und Bremen, und traf die kurdische Gemeinschaft. Mir wurde berichtet, sie könnten Erdoğan nicht mehr im Fernsehen verfolgen. Er sei äußerst aggressiv und immer sehr wütend auf die Menschen. Wir können dasselbe für die Menschen in der Türkei behaupten. Ein Freund von mir sagte, Erdoğans Reden hätten negative Folgen für die Sozialpsychologie der Menschen, weil er so wütend und aggressiv auftrete. Erdoğan hat große Angst, beschuldigt die HDP und denkt, er könne jede Gruppe eliminieren, die sich ihm und seinem Traum vom Präsidialsystem widersetzt. Aber dann kam der Punkt, als die HDP und ihre Allianz ihn an seinem Ziel hinderten.

Nun haben wir das Bild eines mächtigen Erdoğans. Aber mein erster Punkt ist, dass er nicht so mächtig ist, wie ihn sein Bild zeichnet. Viele Menschen können ihn nicht mehr sehen und wenn ich ihn mir betrachte, wie er so wütend und aggressiv spricht, mit seinen Fingern ständig droht, dann sehe ich eigentlich eine sehr schwache Person. Er ist am Strampeln, weil er weiß, dass er an Macht verliert.

Ich sage das, weil ich es in den Kontext setzen möchte. Wenn Sie sich erinnern, wie Erdoğan 2002 an die



Hisyar Özsoy,
Türkischer Parlamentsabgeordneter,
Demokratischen Partei der Völker (HDP)



Macht kam, dann erinnern Sie sich an eine sehr konkrete politische Situation. International hatte er die Unterstützung der USA, der Europäischen Union, die eine gute Verbindung zur Türkei hatte. In diesem Moment war sein Versprechen, die Türkei in die Europäische Union zu integrieren, das Land zu demokratisieren, und es gab wirklich ein wenig Hoffnung in der Türkei, als er an die Macht kam. Er hatte gute Beziehungen zu den benachbarten Ländern, regional gab es Allianzen und wenn man sich die inländische WählerInnenschaft Erdoğans anschaut, dann war es eine sehr durchmischte und pluralistische. Die konservativen UnterstützerInnen in der Bevölkerung waren da, aber da gab es noch die liberalen und eine signifikante kurdische Bevölkerungsgruppe. Des Weiteren noch eine große Anzahl aus der nationalen Bourgeoise, die neuen anatolischen Reichen. Da war diese sehr interessante Koalition von WählerInnen, die ihn unterstützen.

Erdoğan ist derzeit nicht stark sondern schwach

Und wenn wir uns heute 2015 Erdoğan anschauen, dann fragt man sich: Wer unterstützt diesen Mann ernsthaft? Diese Länder, Institutionen und Menschen halfen beim Start seiner Karriere, sind heute aber nicht mehr mit ihm. Wenn ich heute internationale Nachrichten verfolge, dann kann ich kaum mehr etwas Positives über ihn finden. Noch vor vier, fünf Jahren gab es nur positive Erdoğan-Meldungen. In den westlichen Medien hat er jetzt den Status des bösen Mannes, obwohl sie nicht selbstkritisch erwähnen, dass sie dieses Monster, das wir Erdoğan nennen, mitkreiert haben. Und nun möchten ihn alle loswerden. Regional hat er keine wahren Nachbarn mehr, die Institutionen, die ihn damals unterstützt hatten, sind auch nicht mehr mit ihm. Die Gülen-Gemeinde unterstützt ihn nicht mehr, er bekriegt einen großen Teil der Bourgeoise und hat AKP-interne Probleme. Einige AKP-Mitglieder haben sich von der Partei abgesetzt, andere beschweren sich über ihn und seine verrückte Politik. Er ist wirklich schwach und weiß, dass er den letzten Kampf vor sich hat. Die Wahlen vom 7. Juni waren ein heftiger Schlag für ihn und er konnte mit diesem Ergebnis nicht umgehen. Er hat den Schritt zurück in die politische Landschaft nicht geschafft. Aber dazu werde ich später noch was sagen.

Lassen Sie mich nun kurz erläutern, was Erdoğan gerade aktuell der Türkei, dem Volk und der internationalen Gemeinschaft verspricht. Ich erinnere mich, wie bereits erwähnt, dass, als er 2002 an die Macht kam, sein wichtigstes Projekt die EU-Mitgliedschaft der Türkei war. Er versprach Freiheiten, die Demokratisierung des Landes, einen Wirtschaftsaufschwung, eine Stabilisierung der politischen Lage. Es waren seine Versprechen, die er nie einhielt, aber er hat Menschen dazu gebracht zu glauben, dass all diese Punkte möglich seien und eine demokratische Türkei existieren könne. Im Jahre 2007 war sein größtes Versprechen, den Einfluss der türkische Armee auf die Zivilgesellschaft und die Politik zu verringern. Was er auch erreicht hat in diesem Punkt. Im Jahre 2011 versprach er die friedliche Lösung der kurdischen Frage. Und das war ein sehr großes Thema für die Türkei; faktisch führte Erdoğan zwischen 2002 und 2010 einen heftigen Kampf mit der kemalistischen Elite der Gesellschaft, konnte sie eliminieren und Institutionen kontrollieren. Das war zwar schlecht für die KemalistInnen, aber von Vorteil für die kurdische und türkische Gesellschaft. Es bot die Möglichkeit, ein neues Land zu kreieren. Das alte Regime war nicht mehr an der Macht, die Bürokratie der Armee, die das Land regiert hatte, bestand nicht mehr und war entfernt. Es entstand ein neues politisches Vakuum, in dem das Land hätte demokratisch neu gestaltet werden können. Mehr Pluralität wäre möglich gewesen, ein größerer Austausch und die Verteilung der Macht auch auf die Bevölkerung etc. hätten entstehen können. Aber Erdoğan versagte bei dieser Chance. Er erschaffte sie zwar, aber ebenso benutzte er sie falsch. Ab 2012 kann man einen autoritären Erdoğan beobachten, obwohl er auch schon 2005, 2006, 2007 sehr autoritär war. Nur sprach damals niemand darüber.

HDP - Ein Zusammenschluss aller Minderheiten in der Türkei

Ich sage das, weil ich zu der Zeit von 2005 bis 2010 viel mit kurdischen Institutionen zusammen arbeitete und viele PolitikerInnen aus westlichen Ländern traf. Sie wollten nicht mal ansatzweise Kritik an Erdoğan hören, wie z. B. als ich 2008 in Washington DC auf einer Konferenz war und einige Kritikpunkte an Erdoğan ansprach. Da wollte man mir einfach nicht zuhören. Er war für sie der „gute Mann“, der Mann, der die Demokratisierung ankurbeln und die kurdische Frage lösen wollte. Und wir KurdInnen hätten zu viele Vorurteile gegen ihn, wären voreingenommen, doch zwei Jahre später änderte sich plötzlich die Meinung und er wurde für alle zum Monster. In 2015 haben wir nun die Wahlen, in denen die HDP eine wichtige Rolle spielt. Ich möchte hier die HDP nicht zu sehr thematisieren, denn ich denke, die meisten von Ihnen wissen, wer sie ist. Die HDP ist nicht nur prokurdisch, sondern eine politische Partei, die zwar die KurdInnen mit einbezieht, aber gleichzeitig, trotz ihrer prokurdischen Vergangenheit und Entstehung, auch der Zusammenschluss aller Minderheiten in der Türkei wie der AlevitInnen, AtheistInnen, Frauen, sogar homosexuellen Menschen. Sie hat diese Bevölkerungsgruppen zusammengefügt und ein großes politisches Programm aufgestellt. Ihr Hauptpunkt war die



Demokratisierung der Türkei, indem sie den Minderheiten eine Stimme gab, die ihnen bislang nie gegeben worden war, und sie fair im Parlament vertrat, da auch dies bisher nicht geschehen war. Das muss man der HDP erst mal so anerkennen.

Am 7. Juni 2015 hatten wir also die Wahlen, davor die ganzen Attacken gegen die HDP, die Wahlbüros wurden zerstört, HDP-Mitglieder und ParlamentarierInnen körperlich angegriffen oder ermordet. Ein Busfahrer, der die HDP unterstützt hatte, wurde im Parteibus ermordet, Sie erinnern sich an die Bombenattacke in Diyarbakır. Doch trotzdem haben wir stark überlebt und die Hürde mit 13 % überschritten. Wir sind ins Parlament eingezogen und Erdoğan hat das Gefühl vermittelt, dass die HDP das nicht dürfe. Er hat nicht zugelassen, dass eine Regierungskoalition gebildet wird, ebenfalls konnte er nicht akzeptieren, dass die HDP mit achtzig gewählten ParlamentarierInnen vertreten ist, was eine gute Möglichkeit für die Demokratisierung der Türkei gewesen wäre. Die HDP hätte den Friedensprozess weiterhin wesentlich mittragen können, doch Erdoğan hat sich nach was anderem gesehnt. Er hat Davutoğlu daran gehindert, eine Regierungskoalition einzugehen, und begann mit dem Krieg.

Friedensprozess bereits vor den Wahlen durch die türkische Regierung gestoppt

Hier muss ich ein Missverständnis ausräumen, weil viele Menschen denken, dass der Friedensprozess nach den Wahlen geendet habe. Das stimmt so nicht, denn er hatte schon vorher geendet, um genau zu sein, am 5. April, exakt zwei Monate und zwei Tage vor den Wahlen vom 7. Juni. Ich weiß nicht, ob Sie alle von den Dolmabahçe-Vereinbarungen gehört haben, aber um es kurz zusammenzufassen, diese Vereinbarungen waren speziell für die Friedensverhandlungen. Sie wurden mit der Teilnahme auch von HDP-VertreterInnen bekannt gegeben. Erwartet wurde, dass auch Abdullah Öcalan seinen Teil zu diesen Friedensverhandlungen kundtun würde. Man ging davon aus, dass eine HDP-Delegation auf die Insel gehen und Öcalans Sicht darstellen werde. Öcalan hätte dort zwei Aufrufe starten sollen; erstens an die türkische Regierung, formelle, transparente und ehrliche Friedensverhandlungen zu beginnen, um den Frieden zu gewährleisten; und zweitens simultan einen Aufruf an die PKK, um einen Kongress einzuberufen, auf dem die Entwaffnung diskutiert werden sollte.

Die HDP-Delegation berichtete, dass sie zur Insel gefahren, doch weder die Delegation der Regierung anwesend noch eine unabhängige Delegation vor Ort gewesen sei, die Herr Öcalan aber eigentlich gefordert hatte. Ebenfalls war das in den Vereinbarungen so abgemacht und angekündigt worden. Am 28. April stritt Erdoğan die Existenz von Friedensverhandlungen ab, ebenso die Existenz einer Regierungsdelegation für diesen Prozess und sogar die Existenz einer kurdischen Frage. Damit ging er zurück in die 90er Jahre in der Türkei, in denen alles bekämpft und abgestritten worden war.

So werden wir nun diese Wahl wiederholen müssen, nur weil Erdoğan es so wollte. Er baut großen Druck auf die HDP auf, indem er ihre Büros angreifen lässt, und das nicht nur durch die Polizei und die Armee, sondern da sind überall zivile FaschistInnen, die die HDP angreifen, ohne von staatlicher Polizeigewalt dabei gehindert zu werden. Wir gehen davon aus, dass diese Gruppen auch von einigen Teilen der AKP organisiert werden.

Diese Wahlen nun könnten auch abgesagt werden, denn die Möglichkeit dazu besteht, da Erdoğan auf die Umfragen schaut, und wenn seine absolute Mehrheit unsicher erscheint, kann er eine Ausrede erfinden und die Wahlen auf März 2016 verschieben. Man weiß nie, denn er ist Erdoğan und macht das, wonach ihm ist.

Aber es sieht danach aus, dass wir die Wahlen haben werden, allerdings mit einer Menge Druck und Repression seitens Polizei und Armee in kurdischen Regionen und ebenfalls von ultranationalen FaschistInnen, die die Wahlkampagne mit allen Mitteln stören wollen. Durch die Schwächung Erdoğans macht es Sinn, warum er so aggressiv ist und diesen Kampf gewinnen will, da es um sein Überleben geht. Er will das Präsidialsystem, es können etliche in- und ausländische Prozesse gegen ihn aufgefahren werden, wenn er an Macht verliert, und daher ist er in Sorge um sich. Es ist also ein persönlicher Kampf, das können wir so festhalten.

Die HDP ist im Gegensatz dazu die Hoffnung der Türkei, die Stimme der Minderheiten und nicht nur da, um Erdoğan zu stoppen. Nein, es geht nicht nur darum, denn er könnte theoretisch in drei Jahren nicht mehr da sein, doch die HDP muss politisch etwas bieten. Der ganzen WählerInnenschaft wie den AlevitInnen, TürkInnen, KurdInnen, Minderheiten, den Armen, den Frauen, der Jugend und allen weiteren marginalisierten Gruppen muss die HDP ein politisches Programm bieten. Und das tun wir auch, aber wegen der Polarisierung zwischen Erdoğan und uns hören viele Menschen unseren Forderungen nicht genau zu. Wie wir über Sozialisierung, Wirtschaft, Politik und die Gesellschaft denken und was unsere Positionen dazu sind.

Ich habe nur noch drei Minuten und möchte noch einen Punkt ansprechen. Die Geschehnisse sind nicht nur schwarz oder weiß, aber wenn ich beschreiben müsste, was Erdoğan ist und was die HDP,

dann würde ich sagen, dass die HDP all das ist, was Erdoğan nicht ist. Um das so deutlich und einfach wie möglich zu sagen: Erdoğan regiert patriarchalisch und sexistisch, wobei die HDP für Geschlechtergleichheit steht. Erdoğan zerstört die Natur und verfolgt eine antiökologische Politik, und das nicht nur in kurdischen Regionen, sondern auch in türkischen. Die HDP bietet eine grüne ökologische Politik an, im Einklang mit der Natur. Sie hält an einem pluralistischen Regierungssystem fest und glaubt daran, wohingegen Erdoğan eine zentralisierte politische Macht will. Er fördert die Korruption und kreiert seine reiche Elite, wir jedoch wollen ökonomische Chancengleichheit für alle Menschen. Erdoğan verliert an Macht und die HDP wird immer stärker die Hoffnung der Menschen. Wir haben ihn am 7. Juni gestoppt und wir werden ihn noch einmal stoppen. Das ist unser Versprechen!

Die Türkei im Zwiespalt: Hegemonialmacht oder Demokratiefestung für die Region

Resultate der Wahlen zum türkischen Nationalparlament und ihre Auswirkungen auf den Friedensprozess, Nigar Göksal

Als ICG (International Crisis Group, Anm. d. Redaktion) haben wir die Ergebnisse der Wahlen dieses Jahr im Juni, also den Einzug der HDP ins Parlament mit 13 % der Stimmen, mit großem Optimismus aufgenommen. Zum einen glaubten wir daran, dass die Ergebnisse die Legitimität der Partei als Verhandlungspartnerin beim Ansprechen verschiedener Aspekte der kurdischen Frage in der Türkei verstärken würde, dass die Erweiterung des politischen Raumes für die kurdische Bewegung zeigen könnte, dass Demokratie auch für Kurden möglich ist, und dass der Raum für militaristische Lösungen verkleinert und die Stabilität für politische Lösungen gestärkt werden würde. Eine weitere Quelle für unseren Optimismus waren das Zusammenbrechen der traditionellen gesellschaftlichen Spaltungslinien, das die politische Plattform der HDP repräsentierte, und die Dynamik, die von ihr ausging. Die Partei stand nicht nur für die Rechte der Kurden, sondern auch für Recht und Demokratie. An einigen Punkten scheint es unumkehrbar, dass die Kurden, Islamisten, Liberalen und Konservativen ihre gemeinsamen Interessen in einem pluralistischeren Regierungsmodell realisieren würden. Dieses Verständnis sahen wir in der HDP-Kampagne stark vertreten.

Ich denke, es gab eine Phase, in der bestimmte Teile der Gesellschaft befürchteten, die HDP würde einen Deal mit der AKP eingehen und die türkische Demokratie im Tausch gegen die eigene Autonomie verkaufen, aber es zeigte sich das Gegenteil und dass die HDP der zentrale Grund war, warum die AKP und der Präsident nicht zur gewünschten Macht gelangten.

Doch in den Monaten nach den Wahlen hat die Entwicklung entgegen unserem Optimismus einen anderen Verlauf genommen. Die Wahlen haben nicht zu demokratischen Fortschritten geführt, haben dem Präsidenten nicht den beabsichtigten Einhalt geboten, wir sahen kein pluralistischeres Parlament in Ankara entstehen, auch keine weniger Erdoğan-kontrollierte AKP, es wurden keine ernsthaften Koalitionsgespräche geführt und bekanntlich stehen wir nun vor Neuwahlen am 1. November. Darüber hinaus haben sich Erwartungen militaristischer Lösungen konkretisiert und unseren jüngsten



Nigar Göksal,
International Crisis Group



Erkenntnissen zufolge sind demnach seit dem 20. Juli 126 Angehörige der Sicherheitskräfte, 87 PKK-Kämpfer und 66 Zivilisten getötet worden.

Seit den Wahlen im Juni hat der Präsident die HDP dämonisiert. Da diese das Haupthindernis für die Bildung einer Einparteienregierung der AKP war, wird vermutet, dass die HDP wieder unter die 10%-Hürde gedrückt werden soll. Tatsächlich wurde dieser Ansatz vor ein paar Tagen in Erklärungen des Premierministers und des Präsidenten mehr oder weniger bestätigt, als beide explizit ausdrückten, ihr Zugang läge darin, sicherzustellen, dass die HDP in den bevorstehenden Wahlen nicht über die 10%-Hürde gelangt.

Regierungsnahe Medien: HDP=PKK

Die regierungsnahen Medien beziehen sich kaum noch auf die HDP, ohne ihr das Adjektiv PKK voranzustellen, und Nationalisten wie Konservative werden gegen sie in Stellung gebracht, indem die traditionellen Konfliktlinien zwischen Sozialisten und Islamisten wieder aufgefrischt werden. Es scheint, dass die Ruhezone der früheren gesellschaftlichen Spaltungen wiederbelebt wird, und das ist ein bekannter Effekt im neuen Gewand. Seit einigen Jahren nun wird Patriotismus in der Türkei mit der Loyalität zum Präsidenten und der Unterstützung der AKP gleichgesetzt. Kritik an ihnen gilt als Kollaboration mit dem Terrorismus oder als Beteiligung an einem internationalen Verschwörungsnetzwerk, das den Aufstieg der Türkei behindern will.

Die regierungsnahen Darstellungen haben nun eine Art neuer Kontinuität im Umgang mit den Gezi-Park-Protesten geschaffen. Die Korruptionsaffären und der Aufschwung der HDP, insbesondere von Selahattin Demirtaş persönlich, werden als Mechanismen einer internationalen Verschwörung gesehen. Die Machthabenden und ihre Entscheidungen infrage zu stellen wird per Definition unpatriotisch. Das ist eine erfolgversprechende Strategie, wenn man bedenkt, dass wir damit aufwuchsen zu lernen, die Türkei sei von Feinden umgeben, die sie spalten und schwächen wollen, und so die Loyalität, die wir zum türkischen Staat zu fühlen lernten, in gewisser Weise auf eine bestimmte Person übergegangen ist. Es ist leicht, etwas zu übertragen, das bereits in deiner Erziehung verwurzelt ist.

Leider ist die Dämonisierung der HDP schlecht für das Land. Es schwächt die Moderaten, verstärkt bei den Kurden das Gefühl der Bedrohung besonders durch den türkischen Staat und das gegenseitige Misstrauen, und es beeinträchtigt die Grundlage für die Versöhnung in einem eventuellen Frieden.

Dann gibt es noch die Frage, warum die PKK seit dem Sommer an der Gewaltspirale beteiligt ist. Und das haben wir bei unseren Untersuchungen in der Türkei türkische Analysten und Beobachter im Westen des Landes gefragt.

Wir hören, dass die PKK nun aufgrund ihrer im Kampf gegen den IS gewonnenen internationalen Legitimität stärker geworden sei, über eine stärkere Bewaffnung verfüge, wegen der Dynamik besonders nach Kobanê in einer komfortableren Position sei und mehr urbane Mobilisierung im Südosten der Türkei erfahre. Außerdem hören wir von der Wut besonders auf den Präsidenten, der den Friedensprozess sogar nach der Einigung über ein Abkommen fallengelassen habe. Ein weiterer Grund für Ärger ist die Rolle, die Ankara dabei gespielt hat, IS-Aktionen gegen PYD, YPG und PKK zu ermöglichen, und natürlich war der Suruç-Vorfall der letzte Tropfen.

Ich muss auch sagen, dass unter den türkischen Beobachtern, besonders denjenigen, die die Glaubwürdigkeit der HDP bewahren wollen, der Eindruck verbreitet ist, dass die PKK klarzumachen versucht, dass sie das Sagen habe und nicht die HDP. Und tatsächlich ist die Gewaltspirale, die die HDP-Glaubwürdigkeit unter den Bedingungen der türkischen Gesellschaft objektiv schwächt, ebenso ein PKK-HDP-Konflikt. Ich verstehe aus meiner Begegnung mit den Repräsentanten der kurdischen Nationalbewegung, dass das aus kurdischer Perspektive nicht so gesehen wird, jedoch innerhalb der ungenügend mit der kurdischen Bewegung verbundenen türkischen Gesellschaft.

Es gibt diese Wahrnehmung, weil die Realität ist, dass die HDP in einer äußerst schwierigen Position steckt, doch es dürfte auch interessant zu wissen sein, dass nicht viele Möglichkeiten zum Dialog zwischen den türkischen Analysten in Istanbul und Ankara und den Vertretern der kurdischen Nationalbewegung bestehen. In diesem Sinne ist diese Art von Veranstaltungen überaus nützlich. Wir versuchen, eine Menge Webseiten von PKK-nahen Gruppen zu besuchen, doch die meisten sind gesperrt. Es gibt nicht viele Möglichkeiten, die Darstellungen der jeweils anderen oder zumindest aus erster Hand zu hören.

Eskalation der Gewalt für keine Seite vom Vorteil

Es scheint unseren ICG-Argumenten zu entsprechen, dass es für keine Seite eine gute Zeit für die Eskalation der Gewalt sei. Beide Seiten müssten gegen den IS antreten und könnten so viel effektiver agieren, würden sie sich nicht auch gegenseitig bekämpfen. Und wir behaupten, dass die meisten Kurden keine Abtrennung und die meisten Türken Demokratie wollen und daraus eine Übereinkunft möglich sein



sollte. Und wir sollten jetzt unter diesen Bedingungen nicht aufgeben.

Die kurdische Frage ist für die Türkei neben einem innenpolitischen vor allem ein regionalpolitisches geostrategisches Thema. Einer der Gründe für die heftige Reaktion Ankaras auf die PKK scheinen die uralten Befürchtungen vor einer einigen und vereinigten kurdischen Einheit zu sein, die Teile der Türkei, Iraks, Syriens und Irans enthält und die türkische territoriale Integrität beeinträchtigen würde. Diese Furcht besteht seit Jahrzehnten, ich bin damit aufgewachsen. Es sollen westliche Verschwörungen sein, die dies ermöglichen, und es gab liberale intellektuelle Türken, die immer sagten: „Das ist Paranoia, wir sollten nicht in diesen Bahnen denken, das wird nie passieren.“

Regionale Entwicklungen haben dies aber nun zunehmend denkbarer erscheinen lassen und tatsächlich nationalistische Hardliner gestärkt, die diese Linie schon lange fahren. Ankara steckt in der Klemme und befürchtet einerseits nun real, die PKK werde gegen sie arbeiten, andererseits aber sind die Bemühungen Ankaras, die PKK vom Erstarken abzuhalten, nach hinten losgegangen und haben zusätzliche Probleme für Ankara geschaffen.

Einer unserer Berichte weist darauf hin, dass sich Ankara nach 2011 gegenüber den Grenzübertritten islamistischer Kämpfer nach Syrien blind gestellt hat, da sie als potentielle Widerparts zu YPG und PYD wie auch als Kraft gegen Assad gesehen wurden. Ironischerweise verschaffte gerade der erfolgreiche Kampf der YPG gegen diese Dschihadisten der kurdischen Bewegung die Dynamik und die internationale Legitimität, die sie nun gegen die Türkei einsetzen kann. Mit dieser komplexen Situation ist die Türkei jetzt konfrontiert. Eine zusätzliche etwas zu kurz gekommene Angelegenheit betrifft den Iran, der nun aus der abnehmenden Zugkraft der Türkei in der Region Vorteile zu ziehen versucht. Und natürlich kommt alles zum Ende einer gescheiterten türkischen Außenpolitik, besonders seit dem arabischen Frühling, als die türkische Öffentlichkeit mit den Ambitionen auf regionale Führerschaft gelockt und gefüttert wurde, was auch mit der Wahrnehmung des Aufstiegs der Muslimbruderschaft in der Region zusammenhing.

Ankara wurde von der sogenannten Bestimmung abgebracht, die Zeit der Türkei sei gekommen, neu zu führen, was als romantisches neo-osmanisches Denken verstanden werden kann.

Ankara hat sich zu viele Feinde gemacht, mehr, als mit einem Mal zu bewältigen sind, und mit dem arabischen Frühling sahen wir die Stärkung der Identitätspolitik in der türkischen Innenpolitik. Das alles vergrößerte natürlich die Diskrepanz zwischen der Türkei und dem Westen.

Es ist interessant, über den Zeitpunkt für das Aufkommen der erwähnten kurdischen Einheitsstrategie nachzudenken; in mancher Hinsicht könnte es nun ein guter Zeitpunkt sein, da die Türkei sich vom Westen entfernt und ihre Glaubwürdigkeit dort schwindet. Erdoğan hat die türkische Gesellschaft polarisiert, es könnte als eine Phase der Schwäche auf türkischer Seite verstanden werden. Andererseits könnte sich die Türkei im Gegenteil auch im Falle einer starken Führung dem Westen in aufrichtigerer Weise in Richtung EU-Mitgliedschaft annähern.

Also, was nun? Ich denke, es besteht jetzt die große Sorge, dass die Gewaltspirale in der Türkei das Ausmaß eines größeren türkisch-kurdischen Konflikts annehmen könnte. Insoweit wir in Anbetracht der letzten Dekade sagen können, dass die Türkei ein problematischer Akteur ist, müssen wir aber auch anerkennen, dass es in den letzten zehn Jahren etliche positive Veränderungen gegeben hat. Wenn nicht auf der gesellschaftlichen Ebene, so wurde es doch durch den politischen Raum ermöglicht. Es waren vermehrt Empathie und Solidarität für die kurdischen Gemeinschaften in der türkischen Mainstream-Gesellschaft zu verzeichnen, das war sehr spannend für Leute wie mich.

Verhandlungen mit der PKK müssen neu formuliert werden

Und so wie es nun gerade bedroht ist, gibt es nun etwas zu beschützen. Verglichen mit den 1990er Jahren gibt es nun eine türkische Gesellschaft, die einen größeren kurdisch-türkischen Konflikt verhindern würde. Es gibt sowohl eine Menge Einschüchterung als auch unabhängige Informations- und Diskussionsquellen. Die Regierung ist derzeit relativ vorsichtig gewesen, dies nicht in einen ethnischen Konflikt zu verwandeln oder zu in den 1990er Jahren gebräuchlichen Mechanismen zurückzukehren. Doch es gibt noch einige problematische Reformen, die wir beständig betont haben und die weiter verfolgt werden müssen. Muttersprachliche Bildung ist die eine, Dezentralisierung eine andere, die Verfassung, die Reform des Antiterrorgesetzes (das Straftaten gegen den Staat definiert). Die Regierung ist die Verantwortliche Nummer eins, die Opposition muss auch etwas konstruktiver sein. Im Rückblick auf die letzten Jahre lässt sich bei beiden Oppositionsparteien kein wirklicher Ansatz von Lastenteilung erkennen.

Gerade jetzt ist es am wichtigsten zur Wahl zu gehen. Neue Reformen müssen eingeleitet und natürlich die Verhandlungen zwischen der PKK und dem Staat neu formuliert werden. Wenn nun ähnliche



Ergebnisse wie bei der letzten Wahl herauskommen, gibt es verschiedene Risiken.

Es könnte eine politische Blockade geben. In einem Artikel der Zeitschrift Foreign Policy wurde gestern gefragt: „Wenn die Ergebnisse sich wiederholen, würde dann die HDP verboten und ihre Führung eingesperrt werden? Würden die Wahlen überhaupt anerkannt oder sie für ungültig erklärt werden?“ Das sind dramatische Themen, aber wert, geäußert zu werden. Etwas anderes ist es, was die kurdische Gesellschaft und Bewegung unternehmen würden, wenn die HDP unter die Wahlhürde gedrückt wird. Ich denke, das würde wegen der fehlenden Vertretung ein größeres Risiko oder einen ernsthafteren Grad der Gewalt bedeuten und keine Auswege bei der Regierungsbildung lassen.

Zum Schluss noch einige Worte zur EU. Ich denke, die Türkei sollte zu ihrem eigenen Wohl und dem der Region und Europas auf solidere Weise Teil der EU sein. Und in diesem Sinne ist es wichtig, wieder auf 2004 zurückzublicken, als mit dem Beitrittsprozess der Türkei die Mauer fiel. Heutzutage hat die EU keinen nennenswerten Einfluss auf Ankara und ich denke, es ist notwendig, darüber nachzudenken, wie dieser Einfluss wieder aufgebaut werden kann. Es braucht eine Art Instrument des Einflusses auf die Demokratie der Türkei; gerade jetzt ist dieser Hebel sehr schwach. Und der Gedanke an die Türkei als Pufferzone macht sie nicht zu einem konstruktiveren Akteur. So könnte sich dieser negative Kreislauf sehr gut fortsetzen und ich hätte ernsthafte Fragen und Bedingungen, wenn ich in der EU über den Beitritt der Türkei nachdenken würde. Es braucht eine Art Mechanismus zur Regeneration der Konditionalität. Ich denke, die Türkei hat das Potenzial für eine positive Kraft in der Region, selbst für ein Modell, aber ich denke auch, dass dies nur in einem Win-win-Format mit der kurdischen Bewegung und mit Europa geschehen könnte.

Stolpersteine deutscher Kurdenpolitik

Folgen des Wandels für die deutsche Außenpolitik, Günter Seufert

Ich sehe, dass die Reihen sich gelichtet haben, das heißt, die Erwartungen in eine Änderung der deutschen „Kurdenpolitik“ oder in die Entwicklung einer konsistenten „Kurdenpolitik“ sind niedrig. Ich will diesem Eindruck nicht entgegenwirken, sondern eigentlich noch mehr dazu beitragen. Mir geht es weniger darum, aufzuzeigen, was Europa, was Deutschland machen könnte, machen sollte. Dies haben wir im Allgemeinen versucht, in der Studie „Der Aufschwung kurdischer Politik“ darzulegen, die im Mai 2015 erschienen ist. Ich habe den Titel, der mir für diesen Redebeitrag gegeben wurde, ernst genommen, „Stolpersteine deutscher Kurdenpolitik“. Mir ging es darum, die Gründe, warum wir uns schwertun, eine „Kurdenpolitik“ zu entwickeln, und warum wir uns schwertun, eine prokurdische Politik zu entwickeln, herauszufiltern. Im Folgenden wird viel Bekanntes für Sie dabei sein, vielleicht auch vieles, was manche in diesem Saal nicht gern hören.

Wie groß war und ist jetzt das Interesse der deutschen Politik an Außenpolitik überhaupt?

Wenn wir in der Stiftung außenpolitische Themen behandeln, ist es nicht leicht, Abgeordnete aus dem Bundestag dafür zu gewinnen. Es ist generell eine Schwäche der deutschen Politik, dass sie sehr auf sich selbst, auf die Innenpolitik, bezogen ist, die das Denken und Handeln der Abgeordneten viel mehr bestimmen als außenpolitische Überlegungen. Trotzdem wurde die deutsche Politik in den letzten Jahren und Monaten von einer Reihe von außenpolitischen Fragestellungen geradezu absorbiert. Sie wissen, wovon ich spreche, von der Eurokrise natürlich, von der Krise in der Ukraine und jetzt von der Flüchtlingspolitik.



Günter Seufert, Stiftung Wissenschaft und Politik



Wir haben so in Deutschland einen eigenartigen Umschwung erlebt, von wenig Interesse an Außenpolitik bis dahin, dass außenpolitische Fragestellungen vorhandenen Ressourcen an Zeit und Personal direkt absorbiert haben.

Was die Kurden betrifft, hat Prof. Ala'Aldeen meiner Meinung nach richtig gesagt: Es geht darum, dass wir eine gewisse Schwarz-Weiß-Wahrnehmung in der „Kurdenpolitik" (gute Kurden hier, böse Kurden da; gute Türkei hier, böse PKK da) überwinden müssen, da eine solche Sicht das Problem nicht löst und letzten Endes den assimilierenden Staaten im Nahen Osten in die Hände spielt.

Keine konkrete „Kurdenpolitik" in Deutschland

Ich finde es interessant, dass wir in Deutschland keine konkrete Kurdenpolitik haben und gleichzeitig die größte kurdische Diaspora in Europa beherbergen. Doch wenn man einen Schritt weiter denkt, dann sieht man, dass dies eigentlich kein Widerspruch ist, sondern dass das eine das andere ein Stück weit bedingt. Gerade weil die Kurden auch ein Thema für die politische Opposition im Land sind, weil sie ein Teil der außerparlamentarischen Opposition sind, wird die Kurdenfrage bei uns primär innenpolitisch und nicht außenpolitisch diskutiert, nämlich im Zusammenhang mit Asylpolitik, Menschenrechtspolitik, in der Exportpolitik, vor allem, wenn es um den Export von Waffen geht. Das sind alles Themen, die in der Regel von der Opposition zur Sprache gebracht werden. Daher ist es kein Zufall, dass letzten Endes Parteien der Opposition, sich mit Kurdenpolitik beschäftigen, primär die Grünen und die Linke.

„Kurdenpolitik" ist in Deutschland also sowohl Innen- als auch Außenpolitik und damit kommt die föderale Struktur Deutschland mit ins Bild. Sie führt dazu, dass wir eine ganze Reihe von Akteuren, die Landesregierungen, mit unterschiedlichen Sichtweisen haben.

Innenpolitisch geht es bei der Kurdenpolitik um „Fememorde", die es innerhalb der PKK gegeben hat, um Drogenkriminalität, die in den kurdischen Kreisen beobachtet worden ist, um Überlegungen zur Wahrung des inneren Friedens im Verhältnis von kurdischen und türkischen Migranten. Es geht auch um das Verhältnis zwischen säkularen Kräften und muslimischen oder promuslimischen Kräften. In all diesen Fragen kommt dann die föderale Struktur zum Tragen, d.h., dass wir nicht nur Entscheidungen zu fällen haben auf der föderalen Ebene, auf der Bundesebene (Bundesinnenministerium, Bundeskriminalamt, Bundesamt für Verfassung, hier die wichtigen Player), sondern dass wir all diese unterschiedlichen Institutionen auch auf Landesebene haben.

Auch in der Außenpolitik gibt es, was die „Kurdenfrage" betrifft, eine ganze Reihe von politischen Akteuren, das Außenministerium, das Verteidigungsministerium, das Wirtschaftsministerium mit jeweils unterschiedlichen Interessen z. B. der Türkei gegenüber. Dann haben wir die nicht immer einheitliche Sicht zwischen dem Außenministerium, gerade was die Türkei betrifft, und dem Kanzleramt. Das sind alles Dinge, die es schwer machen, eine einheitliche Politik zu entwickeln.

Ein anderer Punkt ist, dass deutsche Politik vielleicht stärker als die Politik anderer europäischer Staaten, vor allem die Politik der großen europäischen Staaten wie Frankreich und Großbritannien, eingebunden ist in die EU-Politik und natürlich auch die Politik mit den USA. Stichwort ist die gemeinsame Terrorliste, oder die Gemeinsamkeiten in der Terrorliste. Wir wissen, dass die PKK auf den Terrorlisten der EU und der USA steht. Das macht natürlich Alleingänge sehr schwer und erfordert sehr viel Entschlossenheit und einen langen Atem, in all diesen Organisationen zu einer gemeinsamen Entscheidung zu kommen. Wir wissen aber auch, dass trotz dieser gemeinsamen Einstufung der PKK als Terrororganisation das praktische Vorgehen gegen die PKK unterschiedlich ist. Wir haben eine Reihe von Prozessen in Frankreich und Deutschland, aber soweit ich weiß, haben wir keinen einzigen Prozess wegen der Mitgliedschaft oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, dass wir keine terroristische Vereinigung in England haben und auch nicht in den USA. Also haben wir die gleiche Charakterisierung, aber ganz unterschiedliche Politiken.

Ein weiterer Punkt, der meiner Meinung nach die ganze Sache erschwert, liegt in der deutschen Außenpolitik und in der deutschen politischen Öffentlichkeit, in denen noch keine Klarheit über den Charakter des Umbruchs in der Region vorhanden ist. Wir haben zum ersten Mal einen klaren Widerspruch zwischen dem bestehenden politischen System in der Region, aber auch im internationalen Recht und den Dynamiken in der Region selbst. Daher ist die Frage, ob die Kurden als Stabilitätsfaktor oder Faktor der Instabilität wahrgenommen werden, in der deutschen Politik meiner Meinung nach noch nicht beantwortet. Sie hat keine klare Einschätzung der Prozesse, die zum Zerfall von Staaten geführt haben, und das führt zu einer relativ großen Orientierungslosigkeit. Ein Beispiel für diese Orientierungslosigkeit ist meiner Meinung nach die Art und Weise, wie die Entscheidung zustande gekommen ist, Waffen an die Peschmerga zu liefern. Wir wissen, das war eine Ad-hoc-Entscheidung angesichts des Völkermordes an den Êzîden. Das war eine Entscheidung, die eigentlich eine grundsätzliche außenpolitische Linie Deutschlands, nämlich „keine Lieferung von Waffen in Kriegsgebiete", aufgehoben



hat, die aber nicht durch Diskussionen in den politischen Parteien vorbereitet wurde oder gar durch die Öffentlichkeit. Ich sehe weiterhin eine Unfähigkeit deutscher Politik, die politischen Dynamiken in der Region zu lesen und daraus wirklich Schlüsse zu ziehen.

Ich selbst sehe die Dynamik folgendermaßen: Wir beobachten die Politisierung von breiten Schichten in der Bevölkerung der Staaten des Nahen Ostens, die früher in rein autoritären Regimen keine politischen Akteure gewesen sind oder sein konnten. Die Politisierung erfolgt in ethnischen und religiös-konfessionellen Parametern und die Staaten in der Region zeigen sich unfähig, diese Bewegungen in irgendeiner Form politisch zu integrieren und ins parlamentarische System einzuspeisen. Diese innenpolitische Dynamik aber auch die ausländischen Interventionen drohen zum Zerfall von Staaten des Nahen Ostens zu führen. Daher sollten wir uns grundsätzlich Gedanken über das zukünftige Staatensystem im Nahen Osten machen und somit auch über die Rolle der Kurden. Aber so weit ist meiner Meinung nach die Politik noch nicht.

Deutsche Interessen erfordern gutes Verhältnis zur Türkei

Ein anderer Punkt, über den noch keine Klarheit herrscht, ist, dass unterschiedliche, sich widersprechende Ziele verfolgt werden müssen. Auf der einen Seite ist die Sicherung der Stabilität von Staaten der Region eine Prämisse der deutschen Politik, das gilt besonders der Türkei. Die Sicherung der Energieversorgung, die Regulierung und Beherrschbarkeit von Fluchtwegen sind weitere Prioritäten Europas, die eng mit den eigenen wirtschaftlichen Interessen von der Energieversorgung bis zur Sicherung von Märkten zusammen hängen. Auch hier steht die Türkei im Mittelpunkt. Die Türkei ist Teil der Wertschöpfungskette der deutschen Industrie. Daher sind es sehr manifeste Interessen Deutschlands, die es erfordern, mit der Türkei in einem guten Verhältnis zu stehen. Dazu kommt die Rolle der Türkei als Sicherheitspartner, als NATO-Mitglied. Auf der anderen Seite steht die genannte Politisierung der Bevölkerung, die die Anerkennung von Minderheiten, das Gewähren von Partizipations-Rechten erfordert, wenn diese Dynamik nicht die Staaten bedrohen soll. Langfristige Stabilität ist nur mit demokratischen Strukturen zu erreichen, eine Einsicht, die in den Staaten des Nahen Ostens nicht weit verbreitet ist.

Ein anderer Punkt, der es so schwer macht, eine deutsche bzw. europäische „Kurdenpolitik“ zu entwickeln, ist, dass wir unterschiedliche Interessen auch kurdischer Akteure haben. Kurdische Akteure in der Türkei, aber auch in Nordirak, deren Interessen für den normalen Bundestagsabgeordneten oder gar für den Mann auf der Straße nur sehr schwer vermittelbar sind. Wenn ich daran denke, dass Nilüfer Koç in der Anfangssitzung gesagt hat, die Kurden könnten Şengal innerhalb von zwei Wochen befreien, wenn es denn eine Einigung über die Integration der verschiedenen kurdischen Streitkräfte gäbe, dann muss man sich das mal auf der Zunge zergehen lassen. Wie groß die Distanz oder das Misstrauen innerhalb der verschiedenen kurdischen Bewegungen selbst sein muss, wenn das eine gemeinsame Aktion verhindert. Wir wissen, dass es die Vermittlung der USA gebraucht hat, um Salih Muslim und Mesud Barzanî an einen Tisch zu kriegen.

Ein anderes Beispiel für innerkurdischen Zwist ist, dass es der föderale Kurdenstaat im Nordirak, der mit Überlegungen zur Ausrufung der Unabhängigkeit spielt, es bis heute nicht geschafft hat, seine verschiedenen Parteimilizen, die Peschmerga der KDP und der PUK, unter ein einheitliches Kommando zu stellen. Das zeigt. wie schwer es ist, eine einheitliche „Kurdenpolitik“ zu betreiben, die all diesen Fraktionen gereicht wird. Von daher die vielleicht etwas provokante These, dass es „die Kurden“ heute zwar als transstaatliche Leidensgemeinschaft gibt, aber noch lange nicht als eine Interessengemeinschaft und noch lange nicht als „die kurdische Kraft“, von der Frau Koç gesprochen hat, im Verhältnis zu der von ihr ebenfalls genannten „türkischen Kraft“ oder „iranischen Kraft“.

Ein weiterer Punkt, der die Formulierung einer Kurdenpolitik erschwert, ist die Tatsache, dass die Entwicklungen so schnell vor sich gehen. Schließlich können wir erst seit circa einem Jahr davon sprechen, dass die internationale Öffentlichkeit so etwas wahrnimmt wie die Entstehung der Kurden als Souverän für sich selbst in Syrien aber auch in der Türkei. Noch vor 12 Monaten kam in der internationalen Politik niemand auf die Idee, die PYD als die faktische und damit teilweise legitime Vertretung der Kurden in Syrien anzusehen - trotz ihres autoritären Alleinvertretungsanspruchs, trotz ihrer Integration in den politischen und militärischen Strukturen der PKK und trotz der zahlreichen Berichte über die Menschenrechtsverletzungen. Das ist eine relativ neue Entwicklung, auf die die Politik noch reagieren muss.

HDP ist zur Hauptrepräsentatin der Kurden in der Türkei geworden

Ganz anders gelagert, aber vergleichbar würde ich das auch für die Türkei sagen. Ich denke, dass erst der Wahlerfolg der HDP am 7. Juni, als zum ersten Mal ganz klar die große Mehrheit der Menschen in den kurdischen Gebieten für diese Partei gestimmt hat – davor hatte immer die AKP gut die Hälfte der kurdischen Stimmen erhalten – dazu geführt hat, dass die HDP zur faktischen Repräsentantin der Kurden

in der Türkei geworden ist. Ermöglicht hatte dies, die über zwei Jahre lang anhaltende wirklich konsequente Friedensstrategie der PKK, wir das auch in unsere Studie schreiben konnten. Somit sind die PKK, die HDP und Abdullah Öcalan heute tatsächlich die Repräsentanten der kurdischen Nationalbewegung. Wir haben so was wie einen kurdischen Souverän in der Türkei, mit dem umgegangen werden muss. Damit steht nicht länger nur die Anerkennung von individuellen Rechten von Kurden auf der Tagesordnung, sondern von Kollektivrechten der Kurden. Auch das ist ein relativ neuer Schritt für Europa, auf den die Politik noch reagieren muss. Vorher wurde die PKK ausschließlich als eine Terrororganisation wahrgenommen und die AKP als die legitime Vertretung, auch der Kurden, in der Türkei.

Ein Resultat dieser Entwicklungen ist, dass wir ein Ende, ein vorsichtiges, langsames Ende der prinzipiellen Kontaktverweigerung offizieller deutscher Stellen mit der PYD haben. Dass wir sogar Vorschläge hatten zur Bewaffnung der syrischen Kurden, die sich zwar nicht durchgesetzt haben, aber dass zumindest eine Diskussion aufgekommen ist. Und dass wir in Deutschland eine weitläufige Diskussion über die Legitimität der PKK haben, über ihre Streichung von der Terrorliste. Deshalb haben wir in unserer Studie geschrieben, dass wir die PKK nicht mehr ausschließlich als eine Kriegsmaschinerie betrachten müssen, sondern auch als eine soziale Bewegung, dass man Kontakt mit der PKK aufnehmen soll, um mit ihr Gespräche über den Friedensprozess zu führen, um die Kräfte, die am Friedensprozess festhalten wollen, zu stärken. Aber auch um mit ihr Gespräche darüber zu führen, was man von ihr erwartet, um sich für die Streichung von der Terrorliste einzusetzen. In der Diskussion sind natürlich dann wieder die Bruchlinien, die ich am Anfang genannt habe, zwischen Innenministerium, Außenministerium und den Institutionen der Bundesländer hervorgebrochen.

Leider ist heute von dieser Diskussion nur noch wenig übrig. Der Grund dafür liegt natürlich in der Rückkehr der PKK zu bewaffnetem Widerstand, wenn sie das so nennen wollen, oder zu terroristischen Anschlägen. Die heutige Wahrnehmung ist bestimmt von gegensätzlichen Interessen der Kurden in der Region. Um es auf die Spitze zu treiben, die Interessen der Kurden in der Türkei und die Interessen der PKK sind nicht deckungsgleich. Dasselbe gilt für die Interessen der PKK und den Interessen der syrischen Kurden, auch der PYD. Ich bin dem dankbar, der mich vom Gegenteil dieser These überzeugt.

Warum Gegensatz der Interessen der PKK und Interesse der Kurden in der Türkei? Ich frage mich, wie kann es sein, dass die Kämpfe wieder aufgenommen worden sind trotz erstmaliger weitgehender politischer Einigung der kurdischen Bevölkerung in der Region, in der türkischen „Kurdenregion“ wie sie in der Unterstützung der HDP zutage tritt? Trotz des offenen Friedenswunsches der kurdischen Bevölkerung, trotz der nie dagewesenen Repräsentation der kurdischen Nationalbewegung im türkischen Parlament, trotz eines großen Stimmungsumschwungs in der türkischen Bevölkerung hin zu prinzipieller





Anerkennung kurdischer Forderungen, trotz internationaler gesellschaftlicher Solidarität mit den Kurden, trotz des Friedensprozesses und der im Kampf gegen den IS gewonnenen internationalen Legitimität der PKK?

Aus meiner Perspektive handelt die PKK mit der Wiederaufnahme der Kämpfe gegen die eigenen Interessen, aber vor allem gegen die Interessen der Kurden in der Region.

Dasselbe gilt auch für die syrischen Kurden. Die Aufnahme der Kämpfe schwächt natürlich die militärische Fähigkeit der YPG, die auf die militärische Stärke der PKK angewiesen ist und damit den Überlebenskampf der Kurden in Syrien gegen IS. Die Strategie der PKK gefährdet außerdem die Kooperation der USA mit der YPG.

Als Grund für die jetzige Politik der PKK werden in der Türkei genannt – ich zähle jetzt einfach die Gründe auf, weil ich auch nicht weiß, warum die PKK diesen Kurs fährt –, aber ich sage Ihnen, was in der Türkei diskutiert wird und auch direkt hierherkommt und die Köpfe unserer Politiker füllt oder verwirrt. Einmal die Befürchtung der PKK, die Führung der kurdischen Nationalbewegung an die HDP zu verlieren. Zweitens ein simpler Trieb zur Selbsterhaltung als eine Organisation, die nun mal als Kriegsmaschinerie entstanden ist und Schwierigkeiten hat, sich einer anderen Form der Politik anzupassen. Zum Dritten, in der Türkei sehr weit verbreitete Spekulationen über internationale Verschwörung, Instrumentalisierung der PKK durch andere Mächte der Region, aber auch durch Deutschland, Frankreich und was es sonst noch an abenteuerlichen Spekulationen gibt, und viertens die Reorientierung der PKK auf das Modell eines kurdischen Nationalstaates, die man nur erreichen kann, wenn man die emotionale Entfremdung zwischen Türken und Kurden fortsetzt.

AKP hat die Hauptverantwortung für den Zusammenbruch des Friedensprozesses

Wir sind uns einig, dass natürlich die AKP, Erdoğan und der Staat, die Hauptverantwortung für den Zusammenbruch des Friedensprozesses tragen. Aber die Aufnahme der Kämpfe war nicht unvermeidlich war. So hat es kurz nach dem Beginn des Friedensprozesses den Anschlag von Paris gegeben, wahrscheinlich mit Billigung des türkischen Staates oder gar durch den türkischen Staat. Es hat den Mord an dreißig Kurden in Roboskî gegeben- In beiden Fällen hat die PKK die Kämpfe nicht erneut aufgenommen. Sie hatte auch dieses Mal die Freiheit, anders zu reagieren.

Ein kurdischer Intellektueller hat in einer türkischen Zeitung geschrieben, statt die Kämpfe erneut aufzunehmen, hätte die HDP Tausende kurdische Jugendliche in Amed (Diyarbakır) und in der Region zur Verweigerung des Militärdienstes aufrufen und zivilen Widerstand praktizieren können. Staatliche Repression gegen die Kriegsdienstverweigerer hätte eine Welle internationaler Solidarität mit den türkischen Kurden ausgelöst und zu eine Delegitimierung von Erdoğans Politik geführt. Es war also eine klare Entscheidung der PKK-Führung, auf die militärische Karte zu setzen, und sie spielt damit der Strategie Erdoğans in die Hände.

Veränderung der Machtbalance zwischen EU und der Türkei

Ein letzter Punkt zu einer deutschen Kurdenpolitik in Bezug auf die Türkei: In den letzten Jahren sehen wir eine grundlegende Veränderung der Machtbalance zwischen der EU und der Türkei. Noch vor wenigen Jahren, vor zwei, drei Jahren, konnten deutsche Politiker, aber auch andere europäische Politiker sagen, wenn die Türkei dies oder jenes tut, bzw. dies oder jenes unterlässt, wird sie aber kein Mitglied der EU. Solche Sätze hören wir nicht mehr. Wenn das heute jemand sagt, klingt es hohl, weil die Türkei nicht mehr Mitglied der EU werden will. Sie will es unter anderem deswegen nicht mehr, weil sich die Stimmung im Lande gedreht hat. Unter anderem, weil einige europäische Staaten aus prinzipiellen, meist kulturellen Erwägungen die Mitgliedschaft der Türkei abgelehnt haben und wir deshalb die Einflussmechanismen, die wir über den Beitrittsprozess der Türkei auf Politik und Zivilgesellschaft hatten, vollkommen verloren haben.

Wir haben so selbst den Hebel aus der Hand gegeben, mit dem wir auf die Türkei Einfluss nehmen konnten. Ich denke, dass die Türkei heute mit dem blockierten Beitrittsprozess leichter leben kann als die EU. Sie kann über diesen Beitrittsprozess Forderungen an die EU stellen, zum Beispiel, was die Visapolitik betrifft, was die Nachverhandlung der Zollunion betrifft. Sie ist nicht gezwungen, irgendwelche Zugeständnisse in der Zypern-Frage zu machen. Sie kann mit diesem blockierten Beitrittsprozess leben und wir haben versäumt, in diesen Jahren eine eigenen „Türkeipolitik" zu entwickeln, weshalb wir es heute auch schwer haben, eine „Kurdenpolitik" zu entwickeln. Mittlerweile sind wir über die Flüchtlingskrise, wir als Europa und die Bundesrepublik, ein Stück weit erpressbar. Damit sind die tatsächlichen Möglichkeiten eines Einwirkens auf die Türkei sehr begrenzt.

Stolpersteine deutscher Kurdenpolitik

Folgen des Wandels für die deutsche Außenpolitik, Ulla Jelpke

Das Thema dieser Diskussionsrunde lautet „Stolpersteine deutscher Kurdenpolitik“. Dazu muss ich erstmal anmerken: Es gibt bislang keine eigenständige deutsche Kurdenpolitik. Diese wird vielmehr traditionell außenpolitisch untergeordnet unter das Verhältnis Deutschlands zur Türkei – also vor allem unter Wirtschaftsinteressen und die NATO-Partnerschaft. Und die deutsche Kurdenpolitik wird eingeordnet in eine falschverstandene Politik der inneren Sicherheit. Im Blick ist hier das Verhältnis zwischen der türkischen und kurdischen Migration einerseits. Es gibt ja eine millionenstarke türkeistämmige Migration in Deutschland und rund 800.000 nicht als solche verzeichnete Kurden. Andererseits wird die PKK als scheinbarer Unsicherheitsfaktor verstanden. Ein weiterer Faktor in der deutschen Kurdenpolitik seit rund 10 Jahren besteht in den angewachsenen Wirtschafts- und Energieinteressen in der Region Kurdistan-Irak (Südkurdistan): Hier sind die Kurden ein Partner der deutschen Wirtschaft. Seit einem Jahr erleben wir neue Weichenstellungen. Kurden – im Irak – gelten nun als Partner in der Terrorbekämpfung gegen den IS. Es gibt deutsche Waffen und Bundeswehrausbilder für die Peschmerga. Die Kurden werden von der deutschen Politik als Stabilitätsfaktor im Irak und in der Region umworben. Die ganze Widersprüchlichkeit der aktuellen deutschen Kurdenpolitik zeigt sich durch ihre Unterordnung unter andere Interessen und die Unterteilung in „gute“ und „böse“ Kurden.

Schon wenige Jahre nach Aufnahme des bewaffneten Kampfes in Kurdistan 1984 setzte im Rahmen des von der NATO koordinierten Aufstandsbekämpfungsprograms in Deutschland die juristische und polizeiliche Verfolgung der PKK ein. Deutschland spielte hier aufgrund der großen kurdischen Diaspora damals noch unter „Gastarbeitern“, bald massiv anwachsend durch Flüchtlinge aus Kurdistan, eine wichtige Rolle. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre standen 20 mutmaßliche PKK-Kader in Düsseldorf in einem Terrorismusschauprozess vor Gericht. Dieser erste Versuch, die ganze PKK als terroristische Vereinigung zu brandmarken, scheiterte allerdings, es gab nur einige Einzelurteile. Nun drängte die Türkei auf ein PKK-Betätigungsverbot in Deutschland, dass im November 1993 vom Bundesinnenministerium auch erlassen wurde. Offizieller Anlass waren Anschlagswellen von Kurden auf türkische Einrichtungen in Deutschland – in Reaktion auf die Bombardierung kurdischer Städte durch die türkische Armee.

»Die politische Agitation der PKK und ihr nahestehender Organisationen hat zwischenzeitlich ein außenpolitisch nicht mehr vertretbares Ausmaß erreicht«, wurde das Verbot vom Innenministerium allerdings vor allem mit außenpolitischer Rücksichtnahme auf den NATO-Partner Türkei begründet. Dutzende Kulturvereine, ein Verlag, eine Nachrichtenagentur etc. wurden nun verboten.

PKK-Vebot führte Repressionen und Kriminalisierung

Nach dem Verbot von Newroz-Festen und Großdemonstrationen 1994 gab es schwere Auseinandersetzungen mit der Polizei. Es kam zu Autobahnbesetzungen, Selbstverbrennungen, der 16-jährige Halim



Ulla Jelpke, MdB,
DIE LINKE



Dener wurde in Hannover von Polizei beim Plakatieren erschossen.

In der 2. Hälfte der 90er Entspannung kam es zu einer gewissen Entspannung nach Kontakten zwischen dem Verfassungsschutz und Abdullah Öcalan. Öcalan entschuldigte sich für Gewalt in Deutschland und verkündete eine Politik der Gewaltfreiheit für Europa. PKK-Kader wurden ab 1996 nun „nur“ noch als „kriminelle Vereinigung“ statt als „terroristische Vereinigung“ verfolgt. Einige kurdische Großveranstaltungen wurden nun erlaubt. Aber die Verfolgung ging weiter, es gab tausende Verfahren gegen Kurden wegen PKK-Unterstützung.

PKK-Verbot als Integrationshindernis

Seit 1996 wurden über 100 PKK-Funktionäre vielfach zu Haftstrafen verurteilt. Allein in den letzten zehn Jahren gab es mehr als 4500 Strafverfahren mit PKK-Bezug: Verfolgt wurden etwa Spenden an die PKK, das Zeigen von Öcalan-Bildern und das Rufen von PKK-Parolen auf Demos. Dabei löst oft erst das gewaltsame Vorgehen von Polizei gegen PKK-Symbole auf Demos sogenannte Widerstandshandlungen aus. Ohne das PKK-Verbot gäbe es diese Auseinandersetzungen auf Demos also gar nicht. Seit 2010 erleben wir eine erneute Verschärfung der Verfolgung: die PKK gilt nun als „ausländische terroristische Vereinigung“ nach §129b Strafgesetzbuch. Das heißt ihre Kader in Deutschland werden für Guerillaaktionen in Kurdistan in Haftung genommen, auch wenn sie selber nur völlig legale Demonstrationen und Newroz-Feiern in Deutschland organisiert haben. In den letzten Jahren wurde so bereits ein halbes Dutzend Kurden zu Haftstrafen verurteilt, dazu kommen noch ähnlich viele laufende Verfahren. Von solchen Anklagen betroffen sind inzwischen auch Funktionäre legaler kurdischer Verbände wie YEK-KOM / NAV-DEM. Mit dem §129b gegen Kader soll Rückgrat der PKK getroffen werden, während mit dem PKK-Verbot die kurdische Migration eingeschüchtert und von politischer Betätigung abgehalten werden soll. Zehntausende Kurden werden damit in ihren Grundrechten auf Meinungs-, Versammlungs-, Organisationsfreiheit eingeschränkt. Und hunderttausende Kurden leiden unter Diskriminierungen als „Terrorkurden“ nach einer langjährigen entsprechenden Gleichsetzung in der Presse: Kurde=PKK=Terrorist. Allerdings können wir seit einem Jahr vor dem Hintergrund des Kampfes gegen IS einen positiven Imagewandel erkennen. Das PKK-Verbot wirkt sich direkt als Integrationshindernis aus. Ein Beispiel dafür sind die Asylwiderrufe bei Kurden, die erst Asyl wegen ihrer PKK-Betätigung bzw. der damit verbundenen politischen Verfolgung in der Türkei bekommen haben, dann aber aus diesem Grund für asylunwürdig erklärt werden, seitdem die PKK als ausländische terroristische Vereinigung eingestuft wurde. In der Praxis bedeutet das den Rückfall von zahlreichen anerkannten Flüchtlingen in die Duldung – verbunden mit Job- und Wohnungsverlust.
Leider herrscht im Bundesinnenministerium und bei der Bundesanwaltschaft bezüglich der PKK ein fataler Tunnelblick.

Die PKK hat seit 1993 große organisatorische und ideologische Veränderungen vollzogen. Statt einen Kampf für einen eigenen Staat zu führen tritt die Partei jetzt für die Demokratisierung der Türkei bzw. multiethnische Demokratie wie in Syrien ein. In der Türkei ist die PKK heute eine Massenbewegung. In kurdischen Gebieten wählen 60-90 Prozent der Wähler die PKK-nahe HDP.

Und in Rojava/Syrien ist die PKK-Schwester PYD die politische Führungskraft in parastaatlichen Kantonen. Dort erringt die kurdische Bewegung entscheidende militärische Erfolge gegen den IS und die Volksverteidigungseinheiten YPG sind ein Partner der USA bei der IS-Bekämpfung. Doch die deutsche Justiz ignoriert diesen Wandel. Mal um mal erfolgen neue Verurteilungen von kurdischen Politikern aufgrund von Textbausteinen aus früheren Verfahren. Die Generalbundesanwaltschaft behauptet einfach: „Die PKK ist eine Vereinigung, deren Ziel Mord und Totschlag sind“. Die Verteidiger scheiterten bislang mit Anträgen auf völkerrechtliche Prüfung des PKK-Kampfes. Denn das Völkerrecht legitimiert unter gewissen Umständen einen bewaffneten Befreiungskampf. Die Situation in Kurdistan, also Unterdrückung und Kolonialismus, Armeeangriffe, Folter, Massenverhaftungen, extralegale Hinrichtungen etc. wird von den Gerichten völlig ausgeblendet. Oder aber sie wird wie kürzlich vom Hamburger Oberlandesgericht zwar als gegeben vorausgesetzt. Dies sei aber für eine Verurteilung nach § 129b unerheblich, so das Gericht. Erforderlich sei nur der Nachweis einer PKK-Mitgliedschaft.

Hier steht die Bundesregierung in der Verantwortung, denn um eine Vereinigung nach §129b Strafgesetzbuch zu verfolgen, muss das Bundesjustizministerium zuerst seine Verfolgungsermächtigung geben. Nicht ein Gericht, sondern die Bundesregierung entscheidet also darüber, ob eine ausländische Vereinigung als Terroristen oder Freiheitskämpfer einzustufen ist. Damit haben wir es eindeutig mit politischer Justiz zu tun.

Debatte über Aufhebung des Verbots nach der Befreiung der Êzîden in Shengal

Nach der Rettung der Êzîden in Shengal und dem Kampf der YPG gegen den IS in Syrien wurde in der Bundesrepublik der Ruf nach „neuem Umgang mit der PKK“ – so einzelne Politiker von SPD und Grü-



nen - bzw. „Aufhebung des PKK-Verbots" – so die LINKE und Bürgerrechtsgruppen – lauter. Einzelne CDU-Politiker dachten gar über Waffenlieferungen auch an die PKK nach. Liberale Zeitungen wie die taz und der Tagesspiegel plädierten für eine Aufhebung des PKK-Verbots. Doch das Bundesinnenministerium beharrt auf dem Verbot weiterhin als „unverzichtbarem Regulativ der Gefahrenabwehr".

Zur Begründung hieß es, die PKK hätte die theoretische Möglichkeit, gewalttätige Proteste zu organisieren. Als Beweis dafür werden allerdings hunderte friedliche Demonstrationen für Kobanê angeführt, die belegen sollen, dass die PKK ihre Anhänger fest „in der Hand habe". Das Bundesinnenministerium geht dabei von 50.000 PKK-Anhängern aus, die kurzfristig mobilisierbar sind.

„Gute Kurden - böse Kurden"

Das Gefährdungspotential von gegen den IS kämpfenden Kurden sei »quantitativ zwar geringer, qualitativ aber nicht anders zu bewerten als das der dschihadistischen Syrien-Kämpfer«, erdreistete sich das Innenministerium gar einer Gleichsetzung. Eine Folge dieser Sichtweise besteht darin, dass Ausreiseverbotsgesetze mit dem Entzug von Pass und Personalausweis aufgrund von Gesetzen, die eigentlich gegen den IS erlassen wurden, auch gegen Kurden und Linke Anwendung finden, die nach Rojava gehen wollen. Es wird allerdings immer deutlicher: Die absurde gute-Kurden-böse-Kurden-Politik lässt sich nicht mehr aufrechterhalten. So liefert die Bundeswehr Waffen an Perschmerga. Und diese geben diese Waffen zum Teil an die PKK im gemeinsamen Kampf gegen IS weiter. Der „Spiegel" und verschiedene Fernsehsender zeigten das deutlich. Indirekt erfolgt also sogar militärische Unterstützung der PKK durch Deutschland … aber in Deutschland werden weiterhin Kurden festgenommen, weil sie Öcalan-Fahnen auf Demonstrationen zeigen.

Dazu kommt dass auch die sogenannten guten Kurden nicht wirklich demokratisch sind. Selbst deutsche Diplomaten sprechen aufgrund massiver Korruption, Vetternwirtschaft, Parteienklüngel und deutlicher Menschenrechtsverletzungen von Südkurdistan als einem „Mafia-Staat".

Bundesregierung hat gegenüber dem Friedensprozess versagt

Die Bundesregierung hat leider auch gegenüber dem Friedensprozess in der Türkei versagt. Zwar hat sie die Aufnahme des Dialogs zwischen Öcalan und dem Staat begrüßt. Aber keinerlei praktische Schritte, um diesen Prozess zu befördern. Es gab keine Ermutigung dieses Prozesses durch eine Lockerung des PKK-Verbots. Verhindert wurde so, dass die Konfliktparteien sich auf Augenhöhe begegnen können. Es gab kein Angebot einer Vermittlerrolle – und bekanntlich scheiterte der Friedensprozess unter anderem an einer fehlenden dritten Instanz bei den Geheimgesprächen. Von Seiten der Bundesregierung erfolgte auch keine Kritik an der türkischen Unterstützung des IS gegen Kobani, an den Waffenlieferungen an die Dschihadisten. Nach Abbruch des Friedensprozesses durch Erdogan erfolgte eine nur halbherzige Kritik an neuem Krieg. Bundeskanzlerin Merkel und Verteidigungsministerin van der Leyen erklärten die sogenannte Terrorbekämpfung für legitim, forderten aber Türkei dazu auf, das richtige Maß zu finden.

PKK-Verbot aufheben - Friedensprozess unterstützen - Rojava anerkennen

Lassen Sie mich zum Schluss noch einige Handlungsempfehlungen loswerden. Die Bundesregierung und die Justiz müssen endlich die Realitäten zur Kenntnis nehmen: die PKK ist keine isolierte Terrororganisation, sondern ein von der Masse der Kurden in der Türkei unterstützter Einflussfaktor im Nahen Osten.

Daher gilt: Wer die Kurden als Partner der Terrorbekämpfung im Nahen Osten haben will, sollte ihnen auch in Deutschland die Hand zum Dialog reichen.

Die Ausgrenzung von hunderttausenden Kurden durch das PKK-Verbot ist ein Integrationshindernis. Die Aufhebung des PKK-Verbot ist notwendig. Als erster Schritt sollte die Verfolgungsermächtigung nach Paragraph 129b StGB gegen die PKK durch die Bundesregierung zurückgenommen werden

Außenpolitisch muss Druck auf das Erdogan-Regime zur sofortigen Beendigung des Krieges und Rückkehr an den Verhandlungstisch erfolgen.

Die Selbstverwaltung in Rojava sollte anerkannt werden und, Wiederaufbauhilfe für Kobani geleistet werden. Notwendig ist hier die Förderung von Projekten zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Bildungsmöglichkeiten – sonst verlassen immer mehr Menschen diese eigentlich sichere Region in Syrien. Insbesondere muss hier ein humanitärer Korridor nach Rojava geöffnet werden und dafür Druck auf die Türkei ausgeübt werden, damit Embargo aufgehoben wird.
Statt ihrerseits die Kurden in „gute" und „böse" zu spalten, sollte die Bundesregierung auf Kooperation und Dialog unter den kurdischen Parteien hinwirken.



Resümee der Fachtagung
Ein neuer Akteur im Nahen Osten: Die Kurden

Vom Instabilitäts- zum Demokratisierungsfaktor?

Das Ziel unserer Fachtagung unter dem Motto „Ein neuer Akteur im Nahen Osten: Die Kurden – Vom Instabilitäts- zum Demokratisierungsfaktor?“ war es, ein Bild über die Rolle der Kurden in den nahöstlichen Krisen- und Kriegswirren zu erhalten und eine Perspektive für die zukünftige demokratische Gestaltung des Nahen Ostens mit den Kurden als treibende Kraft zu erarbeiten.

Der Nahe Osten ist weiterhin gezeichnet von politischen und militärischen Konfliktlinien, ebenso aber auch von einem Wandlungsprozess. Die unterschiedlichen regionalen und internationalen Akteure haben verschiedenste Ziele für die Region, mehrheitlich resultieren diese jedoch in einer Vertiefung von Chaos und Instabilität. Dabei ist eine Befriedung der Region dringend notwendig.

Ein zentraler und determinierender Faktor hierbei sind die Kurden und ihre Errungenschaften. Sie haben Resilienzen bewiesen und bilden damit ein solides Fundament für nachhaltige und dauerhafte Veränderungen Kräfte. Ohne die Berücksichtigung dessen sind Sicherheit und Frieden in der Region nicht zu verwirklichen. Dabei gilt es, demokratische Strukturen auszubauen, fortschrittliche zu stärken und jeglichem fundamentalistisch-islamischen Terror Einhalt zu gebieten.

Zu vergessen ist zudem nicht: regionale und internationale Entwicklungen sind eng miteinander verwoben. So berühren die militärische Verteidigung, politische Stärkung und humanitäre Unterstützung der drei Kantone in Rojava gegen den Islamischen Staat und die repressiven Handlungen regionaler Staaten nicht nur die Politik der Region, sondern auch die Sicherheits-, Außen- und Flüchtlingspolitik des Westens. Zudem ist die Partizipation des Oppositionsbündnisses der Partei der Demokratie der Völker HDP in einem solchen Umfang im Parlament entscheidend für die Demokratisierung der bis dato militärisch und autoritär regierten Türkischen Republik. Die kurdische Autonomieregion im Nordirak bietet, sofern sie sich dem gesellschaftlichen Wandlungsprozess auf allen Ebenen öffnet und die kurdische Einheit zu einer seiner höchsten Prioritäten erklärt, Chancen und Möglichkeiten. Globales Umdenken ist also erforderlich, regional wie international.

Dies wird auch deutlich durch die politischen und militärischen Entwicklungen in der Region in der Zeit nach der Konferenz. Unter der Avantgarde der Volksvereidigungseinheiten (YPG) formierte sich in Syrien die Demokratischen Kräfte Syrien (QSD). Neben kurdischen und assyrischen Kräften, sind vor auch viele säkulare arabische Gruppen in dem Bündnis vertreten. Es werden immer mehr Gebiete befreit. Die Befreiungsroute umfasst zu einem das Gebiet um Heseke (al-Hasakah), als auch das Gebiet westlich vom Euphrat gen IS-Hauptzentrum in ar-Raqqah. Durch die Befreiung dieser Region würden sämtliche Kantone Rojavas vereint werden, wodurch keine islamistische Organisation ein Gebiet an der türkischen Grenzen kontrollieren würde.

Parallel zu den Befreiungsoperationen in Syrien, gewinnen auch die kurdischen Verbände im Nordirak immer Raum vom IS zurück. Vor allem im Şengal wurde ein wichtiges Zeichen gesetzt. Anhand der gemeinsamen Operation zur Befreiung der Stadt durch Peschmergaeinheiten und zur PKK gehörenden Kampfverbände drücken die Kurden ein neues nationale Bewusstsein aus. War die kurdische Gesellschaft im 20. Jahrhundert noch dadurch geprägt, dass sich verschiedene Gruppen von bestimmten Kräften haben ausspielen lassen, blicken die Kurden einer Zukunft entgegen, der von einem gemeinsamen nationalen Widerstand geprägt sein wird.

In diesem Rahmen gilt auch der deutschen und europäischen Politik anzuraten, von ihrer Politik der „guten Kurden- schlechten Kurden“ abzulassen. Weiter trägt vor allem Deutschland die Verantwortung von ihrem Einfluss auf die Türkei Gebrauch zu machen, damit diese ihren Krieg gegen die kurdische Bevölkerung einstellt und zurück zum Verhandlungstisch kehrt. Weiter gilt es Druck auf die AKP-Regierung auszuüben, damit diese ihre Unterstützung für den IS und anderen islamistischen Organisationen einstellt. Dadurch würde ein wichtiges Zeichen gesetzt werden, damit dem voranschreitenden Chaos Einhalt gebietet wird.

Impressum

Civaka Azad - Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.

E-Mail: info[at]civaka-azad.org
Mobil: 01573/8485818
http://civaka-azad.org/